

Volksstimme

Einzelpreis 20 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Emil Müller, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1411. — Für Inserate 1917 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 6.75 Mk., monatlich 2.25 Mk. Bei Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 6.30 Mk., monatlich 2.10 Mk. Bei den Buchhändlern 6.75 Mk., monatlich 2.25 Mk. ohne Zustellung. Einzelne Nummern 20 Pf. — Anzeigengebühr: die 5spaltige Normzeile 30 Pf., im Restamtlich 30 Pf., im Restamtlich 30 Pf., im Restamtlich 30 Pf. — Abrechnung: 1. Woche 20 Pf., 2. Woche 15 Pf., 3. Woche 10 Pf., 4. Woche 5 Pf. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Abholung erfolgt. — Verlagskonto: Nr. 5238 Berlin

Nr. 16. Magdeburg, Dienstag den 20. Januar 1920. 31. Jahrgang.

Clemenceaus Sturz.

Die Niederlage Clemenceaus bei der Präsidentschaftswahl kommt aller Welt als eine gewaltige Überraschung, als die gewaltigste vielleicht uns in Deutschland. Denn wir stehen hier vor einer Erscheinung, die mit der französischen Volkseele, so wie wir sie uns vorzustellen pflegen, schwer in Uebereinstimmung zu bringen ist. Der alte Clemenceau war der Ministerpräsident des Krieges und des Sieges, er hat in einer Zeit, in der das französische Volk der Erschlaffung nahe war, mit brutaler Energie die Stimmung wieder hochgerissen, er ist es, der zum Schlusse das Dokument von Versailles den Deutschen überreicht hat. Alles nationalistisch-militaristische Empfinden konzentriert sich heute in Frankreich in den Namen Clemenceau und Foch.

Die Kammerwahlen brachten einen starken nationalistischen Block und eine Niederlage der Sozialisten. Clemenceau war die durch Ablauf der Siebenjahrfrist frei gewordene Präsidentschaft Frankreichs angetragen worden, er hatte sie angenommen, und niemand zweifelte zunächst daran, daß er aus der Nationalversammlung, der Vereinigung von Deputiertenkammer und Senat, ohne ernstlichen Gegenkandidaten als Ermählter hervorgehen werde.

Wenn es jetzt anders gekommen ist, so muß das als Beweis dafür angenommen werden, daß die politische Seele Frankreichs doch viel komplizierter

ist, als man bisher bei uns meist anzunehmen gewohnt war. Dabei muß freilich von vornherein der Gedanke ausgeschlossen werden, als ob das überraschende Ergebnis der Nomination ein Abweichen vom Versailler Friedensvertrag und eine Schwertung des Kurzes Deutschland gegenüber bedeutet. Die französische Nationalversammlung will statt des eigensinnigen Greifes Clemenceau einen rein konstitutionellen Präsidenten haben, der das Recht der Kammer, die Politik des Landes zu bestimmen, in keiner Weise antastet. Jeder Präsident, heiße er Deschanel oder wie immer, wird die Regierung ernennen müssen, die der Kammer paßt.

Insofern ist die Wahl Deschanels bedeutungsvoll, der mit 734 Stimmen gewählt wurde, während der clemenceauische Kandidat Zonnart nur 54 Stimmen erhielt und sich nur 53 Parlamentarier fanden. Die Herrn Clemenceau bis zum letzten, bitteren Ende treu blieben. Ueber die Persönlichkeit Deschanels haben wir in unserer Sonntagnummer bereit das Notwendigste gesagt. Eine

grundfällige Aenderung der Politik Frankreichs gegenüber Deutschland ist vorläufig nicht zu erwarten. Höchstens kann gesagt werden, daß eine Aenderung mit Deschanel sich leichter vollziehen würde als mit Clemenceau.

Nach der Wahl richtete der Präsident des Kongresses, Bourgeois, namens der Nationalversammlung seine Glückwünsche an den Neugewählten, dem vertrauensvoll die Geschichte des Vaterlandes übergeben würde in dem Bewußtsein, daß er das Land auf den Bahnen erhalten werde, welche seine Zukunft, seine Größe und seinen Ruhm sichern würden. Deschanel erwiderte, er werde bestrebt sein, als treuer Hüter des Rechts in enger Verbindung mit der Volksvertretung die freiheitlichen Einrichtungen zu befestigen und zu vertiefen. Die Hoffnungen von 1918 hätten sich nicht ganz erfüllt. Das unvergleichliche französische Volk werde aber alle Schwierigkeiten überwinden, unter der Voraussetzung, daß es über seine Angelegenheiten unterrichtet und daß ihm die Wahrheit gesagt werde. Zum Schlusse sprach Deschanel den Wunsch aus, daß Parlament möge durch eine feierliche Ehrung der

unvergeßlichen Verdienste des großen Franzosen gedenken, der zum Siege so viel beigetragen habe, indem er alle Kräfte des Landes sammelte. Man sieht, Deschanel vergißt die Verbeugung vor Clemenceau nicht. Trotzdem bleibt es auffällig, daß der Führer der gegen Clemenceau gerichteten Bewegung der frühere Ministerpräsident Briand ist, von dem man sagt, daß er sich dem rechten Flügel der Sozialisten wieder stark genähert habe, und der namentlich mit dem früheren rechtssozialistischen Munitionminister Thomas in enger Verbindung steht. Darin liegt kein Widerspruch gegen das vorher Gesagte, denn die französischen Rechtssozialisten haben, wenigstens anfangs, an dem Friedensvertrag von Versailles nicht viel auszusetzen gefunden und Deutschland keine Annahme an-

geraten. Dennoch ist es schwer zu glauben, daß die französischen Rechtssozialisten für immer alles vergessen haben sollen, was sie vor dem Kriege gepredigt haben. Man wird nicht annehmen können, daß sie eine chauvinistische Vernichtungspolitik gegen den besiegten Gegner zu treiben gesonnen sind. Aber auch dieser Ueberlegung muß man hinwiederum die Tatsache entgegenhalten, daß der Einfluß der französischen Rechtssozialisten auf die Kammer außerordentlich gering ist. Die sozialistische Fraktion hat bei den Siegeswahlen einen Verlust von rund 30 Mandaten erlitten, und die Rechtssozialisten spielen in ihr einstweilen eine recht geringe Rolle. Daß aber die mit dem Bolschewismus kokettierende Fraktionsmehrheit Einfluß auf die Politik einer in ihrer Mehrheit höchst bürgerlichen, höchst anti-sozialistischen Kammer gewinnen könnte, ist von vornherein höchst zweifelhaft.

So bleibt die französische Präsidentschaftswahl nur nach der negativen Seite hin bedeutungsvoll, eben dadurch, daß

nicht Clemenceau Präsident

geworden ist. Seine Niederlage ist zwar keine Abkehr vom Nationalismus, aber doch eine Abkehr von dem nationalistischen, antidemokratischen Heroenkultus. Auch der „Vater des Sieges“ muß sich gefallen lassen, daß er auf seine Eignung zum höchsten Staatsmann wie jeder andre Sterbliche geprüft wird und eine für ihn persönlich höchst schmerzliche Ablehnung erfährt. Was würde, bei uns über „Vater des Vaterlandes“ gebrüllt werden, wenn sich bei uns unter ähnlichen Umständen ein ähnlicher Fall ereignet hätte! Bei uns denken sogar manche Leute daran, bei der nächsten Präsidentschaftswahl einen der Väter der Niederlage wegen seiner nationalistisch-militaristischen Strammheit auf den Schild zu erheben.

Die Dummheit einer solchen Abicht wird durch die Niederlage Clemenceaus geradezu in bengalische Beleuchtung gerückt. Der Rückzug Clemenceaus aus dem öffentlichen Leben Frankreichs bedeutet für Deutschland auf alle Fälle wenigstens in moralischer Beziehung eine Erleichterung. Wir werden an der Spitze der Nachbarrepublik nicht mehr den Mann erblicken, der uns als die Verkörperung des Hasses gegen Deutschland gilt. Das deutsche Volk wird einem Präsidenten der französischen Republik, der nicht Clemenceau heißt, keinen Präsidenten der deutschen Republik gegenüberstellen, der als Verkörperung des Kriegsgedankens gegen Frankreich gelten kann.

Das Rätegesetz angenommen.

Am Sonntag hat die Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz mit großer Mehrheit in dritter Lesung endgültig angenommen. Dagegen haben gestimmt die Unabhängigen, die Strauchritter der Revolution, wie Genosse Osterroth sie in seiner glänzenden Rede nannte, und die Rechtsparteien, die Strauchritter der Reaktion. Die Unabhängigen, weil dieses Rätegesetz ein Verrat am Proletariat, eine Liebesgabe an die Kapitalisten und ein gegenrevolutionäres Verbrechen sei — die Deutschnationalen und Volksparteiler, weil dieses Rätegesetz ein Zuchtstrafgesetz gegen das Unternehmertum, ein Todesurteil gegen die kapitalistische Wirtschaft und der Anfang der Aufrichtung der proletarischen Diktatur sei. Man wird nicht gut leugnen können, daß das Rätegesetz

nur eins von beiden

sein kann. Aber es ist wie bei der Verfassung der Republik, welche auch gegen die Stimmen der äußersten Rechten und Linken angenommen wurde, wobei auch die einen über Verrat an der Revolution und die andern über Entrechtung des Bürgertums schrien. In Wahrheit beweist dieses Brüllen von rechts und links nur das Selbstverständliche, daß die Gesetzgebung der Nationalversammlung sich auf einer vernünftigen Mittellinie bewegen muß. Wir brauchen zum Wiederaufbau Deutschlands alle Kräfte, die hingebende Arbeit der Arbeiter und der Betriebsleiter, der Angestellten und der Beamten, der Landwirte und der Städter. Jeder Versuch einer Diktatur, welche zugunsten einer dieser Gruppen die andern entrechtete, müßte den sofortigen vollständigen Zusammenbruch herbeiführen. Und deshalb beweist das Loben von rechts und links, daß die gegenwärtige Re-

gierung im Prinzip das Richtige trifft, sie macht allen ehrlichen und gerecht denkenden Menschen die Mitarbeit möglich.

Vor dem Reichstag auf dem Königsplatz, im Reichstag außerhalb des Sitzungssaals geht es heute ganz still und einsam zu. Man kann ungestört in den schönen Vortrüblingstag hinausströmen. Nimmt an den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes die große Mehrheit des Volkes ein so leidenschaftliches Interesse, daß darum Blut fließen mußte? Kein Gedanke daran! Selbst unter hundert Berliner Arbeitern, die für die Unabhängigen stimmen, denken heut keine fünf daran, daß während ihres Sonntagspaziergangs die Entscheidung über das Betriebsrätegesetz fällt. Nur mit den stärksten

Mitteln der Demagogie und des Verschwörtums

konnte aus Anlaß dieses Gesetzes der Januarputsch 1920 inszeniert werden. Wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so ist er durch die Enthüllungen aus der Berliner Gewerkschaftskommission geliefert, in der man vor den sozialdemokratischen Beamten und Mitgliedern den Plan der Demonstration vom 13. Januar sorgfältig geheim gehalten hat. Wollten die Unabhängigen, die Drahtzieher, wirklich nur eine friedliche Kundgebung gegen die ihnen unzureichend erscheinenden Bestimmungen der Vorlage, so hatten sie es wahrhaftig nicht nötig, ihre Pläne in das Dunkel des Geheimnisses zu hüllen. Gerade dadurch haben sie sich entlarvt.

Wie steht es wirklich mit dem Betriebsrätegesetz? Selbst wenn es viel, viel schlechter wäre als es ist, hätten die Unabhängigen jedes Recht zur Kritik vermerkt. Bei einem Tausend Abstimmungen in der Kommission haben beide Unabhängige gefehlt, bei nicht weniger als 72 Abstimmungen von den beiden Unabhängigen einer. Genosse Osterroth hat sich die Mühe gemacht, Sitzung für Sitzung und Abstimmung das anzudeuten. So fabelhaftes Interesse haben die Unabhängigen an der Rätefrage, die für sie angeblich die Zentralfrage der ganzen Politik ist? Soll man wirklich glauben, daß das Volk diesen durchsichtigen Schwindel nicht endlich merkt?

Das Betriebsrätegesetz ist

keine Vollendung, sondern ein Anfang.

Wie alles, was die Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf wirtschaftlichem Gebiet zu leisten vermag. Im Beginn steht noch die Sozialisierung, aber begonnen ist sie beim Kohlenbergbau, beim Kalibergbau, bei der Elektrizität, beim Erzbergbau usw. Im Anfang steht noch die Herrschaft der Arbeiter über den Betrieb.

Das Betriebsrätegesetz bedeutet, daß Arbeiter und Angestellte lernen sollen, selbst Herren der Wirtschaft werden zu können. In allen Fragen, die den Arbeiter und Angestellten unmittelbar angehen, namentlich bei den Lohnfragen, der Arbeitsreglung und der Entlassung wirken die Betriebsräte voll gleichberechtigt mit. Arbeiter und Angestellte können sich zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenschließen und zur Vertretung ihrer besonderen Interessen getrennt tagen, ganz wie sie das selbst in jedem einzelnen Falle beschließen.

In allen übrigen Fragen, bei der eigentlichen Betriebsleitung, der Preiskalkulation, der Bilanzstellung und Gewinnverteilung erhalten die Betriebsräte nur ein Einsichtsrecht. Sie erfahren allmählich, wie ein solcher Großbetrieb aufgebaut ist und funktioniert, welche Lasten er zu tragen vermag und wie er seine Ueberschüsse erzielt. Auch auf diese Dinge Einfluß zu gewinnen, muß das Bestreben der Arbeiter in der weitem Entwicklung der Betriebsräte sein. Sie werden es um so eher erreichen, je mehr die Betriebsräte verständige einsichtige Arbeiter sind, je weniger Schwärzer und Maulaufrichter unter ihnen ihr Wesen treiben. Von der Arbeitererschaft selbst und den Betriebsräten, denen sie ihr Vertrauen schenkt, wird es abhängen, wie rasch diesem ersten Schritte des Betriebsrätegesetzes ein zweiter folgt, der ihre Rechte wesentlich erweitert.

Einstweilen wird zu den Betriebsräten ein Reichswirtschaftsrat und ein Reichsarbeitererrat kommen, und zwischen beide werden Betriebsarbeiter- und Bezirkswirtschaftsräte gestellt werden. So wird das Gerüst gezimmert, das einst den sozialistischen Bau der Wirtschaft tragen kann.

Nätelampf.

Monatelang ist das Betriebsrätegesetz im lebenden Ausmaß der Nationalversammlung beraten worden. Wer immer ein Interesse an seinem Inhalt hatte, hatte eine praktisch fast unbegrenzte Möglichkeit, dieses zu beenden, Anregungen zu geben, Verbesserungsvorschläge zu machen, Verschlechterungen abzuwenden. Aber die Unabhängigen fehlten. Mancher sozialdemokratische Verbesserungsvorschlag fiel, weil die unabhängigen Ausschussmitglieder abwesend waren oder aus Wohlsinn, weil diese die Unabhängigen nicht mit einer Bemerkung zur Sache. Wohlwollend sah nur Eichhorn da und korrigierte an seinen Revolutionserinnerungen, ohne an den Verhandlungen irgendwelchen Anteil zu nehmen. Oder es kam Lausant oder ein anderer Unabhängiger auf ein paar Minuten in das Kommissionszimmer, um so rasch wie möglich wieder zu verschwinden.

Jetzt wird das Betriebsrätegesetz im Plenum verhandelt. Da rufen die Unabhängigen ihre Anhänger zu Massendemonstrationen auf, die durch die Schuld der Verantwortlichen blutig verlaufen. Da halten die Unabhängigen in den Vollstücken die Verhinderung, die kein Mensch anhördt und über die kein Blatt berichtet, lebendig um die andern Abgeordneten der Nationalversammlung zu schikanieren und sie zu zwingen, von früh um 6 bis nachts 12 Uhr zu tagen. Das Gesetz wird auf diese Weise sicherlich für die Arbeiter nicht günstiger, seine Verabschiedung nicht in Frage gestellt und selbst irgendeine agitatorische Wirkung nicht ausgeübt.

Das Schauspiel wird sich bei jedem ähnlichen Gesetz wiederholen. So vertrat z. B. der 17. Ausschuss der Preussischen Landesversammlung gegenwärtig den Gesetzentwurf über die Schaffung einer Gemeinde Groß-Berlin. Die Stellung des Magistrats, der Stadtverordneten und der Bezirksverwalter sind bereits gründlich durchgesprochen und vorläufig festgelegt — von kommunalen Arbeiterräten hat kein Mensch ein Wort gesprochen. Auch der Unabhängige nicht, der diesmal sogar an den Beratungen des Ausschusses mitarbeitete. Was zur Plenarberatung wird es den Unabhängigen schon wieder einfallen und dann werden sie einen fürchterlichen Strach deswegen schlagen, weil in dem Gesetzentwurf die Arbeiterräte nicht berücksichtigt seien. Alles Demagogie und Theater fürs liebe dumme Publikum!

Die „Germania“ hat dieser Tage entdeckt, daß die Unabhängigen an den Mehrheitssozialisten nur die Sünden wieder heimsuchen, welche wir einst selbst begangen hätten. So hätten wir doch allen Sozialgelehrten gegenüberstanden, übertriebene unerfüllbare Anträge, Niederstimmen der praktisch möglichen Anträge des Zentrums, Entfesselung einer wilden Agitation im Lande und schließlich Verwertung des ganzen Gesetzes in der Schlußabstimmung. Diese Verbredung ist echt — koalitionsfreundlich. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie schon Jahrzehnte vor dem Krieg an allen Arbeiterschutzesetzen mit glühendem Eifer mitgearbeitet. Sachkenner wie Hermann Mollenhuth und Robert Schmidt, wie Segig und viele andre, die sie stellten, werden selbst von den Gegnern als erste Autoritäten gehalten.

Mit heiligem Eifer mühten sie sich, mehr Rechte und mehr Vorteile für die Arbeiter herauszuschlagen, und wenn ihren Bemühungen auch nur ein bescheidener Erfolg zu teil wurde, nahmen sie das Gesetz freudig als Abschlagszahlung hin. Die Sozialdemokratie muß es sich mit allem Nachdruck verbitten, daß man die Taktik der Leichtfertigkeit und oberflächlichen Geheule, welche die Anhänger der Zwangsherrschaft jetzt in den Parlamenten treiben, dem ernsten und verantwortungsbewußten Arbeiten der begeisterten Verfechter der Demokratie gleichsetzt, als welche alle Sozialdemokraten bis zum Jahre 1916 in den Parlamenten wirkten.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Die Franzosen hatten die Forderung gestellt, daß jedem Gefangenen ein Gebeked, Decke, Zelbahn und Brotbeutel geliefert werden. Deutschland konnte dies, wenn überhaupt, so erst in einiger Zeit. Auf eine Bitte haben sich die Franzosen zur Vergabe dieser Gegenstände aus ihren Beständen bereit erklärt. Die deutschen Verträge sind daraufhin nach Trier abgegangen.

Die Ankunftszeiten der Transporte im besetzten Gebiet sind auf 1 bis 5 Uhr morgens festgesetzt, um alle Stundebomben zu vermeiden. Vier deutsche Dampfer sind zur Abholung nach französischen Häfen beordert worden.

Die Geistlichen, welche einzelne französische Lager mit deutschen Kriegsgefangenen besucht haben, berichten über ihre Eindrücke: Stärkste festliche Bestimmung, die teilweise der Verzweiflung nahekommt, größter Pessimismus in Bezug auf das Datum der Heimkehr (die Befehle fielen in die Zeit vor dem Zutritt ins besetztes), ausreichende Nahrung, aber Krankheitsbeschränkungen, Strapazulose und Nachtblindheit infolge monatelanger gleichartiger Ernährung (Erbsen und Reis). Die Bevölkerung ist allen Deutschen gegenüber haßerfüllt, wozu eine allgemeine Propaganda durch Bild und Wort über den Zustand der zerstörten Gebiete viel beiträgt. Zu Gefangenausschüßern sind vielfach früher in Deutschland befindliche französische Kriegsgefangene bestellt. Doch hat man die merkwürdige Erfahrung gemacht, daß gerade sie die Gefangenen durchaus menschlich behandeln, sei es, weil sie das Gefangenenlos kennen, sei es wegen der Behandlung, die ihnen in Deutschland zuteil geworden ist.

Das Kriegsgesetz von Grenoble hat zehn deutsche Offiziere freigesprochen, die unter der Auflage des Flüchtlingsstands standen. Ein weiterer Offizier wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er bei seiner Festnahme Widerstand geleistet habe.

Nach der Wahl.

Der neue französische Präsident Deschanel stattete am Sonntagabend Poincaré einen Besuch ab, wobei ihm militärische Ehren erwiesen wurden. Poincaré begleitete Deschanel in sein Kabinett, um ihm seine Glückwünsche auszusprechen. Bei seiner Ankunft und Abfahrt wurde Deschanel von einer großen Menschenmenge begrüßt und begrüßt.

Der Rücktritt Clemenceaus wirft die Frage der Vertretung Frankreichs auf der Friedenskonferenz auf. Clemenceau ist nicht nur Chef der französischen Delegation, er ist auch Vorsitzender des Obersten Rates. Andererseits treten mit ihm drei der Friedensvollmächtigten zurück, nämlich Bignon, Lardieu und Lloyd.

Nur der künftige Delegierte, Jules Cambon, ist nicht Mitglied des Kabinetts und kann die Kontinuität der diplomatischen Verhandlungen herstellen. Clemenceau wird die Bildung des neuen Ministeriums abwarten, bevor er seine Funktionen als französischer Bevollmächtigter niederlegt.

Am Montag vormittag 10 1/2 Uhr wird er noch an der Sitzung des Obersten Rates teilnehmen, bei welcher Lloyd George, Wallace und Maslow zugegen sein werden. In dieser Sitzung werden die alliierten Vertreter die der Lösung entgegenstehenden Probleme erörtern. Sie werden namentlich die endgültige Liste der von Deutschland auszufüllenden aufstellen.

Es ist klar, daß bei dieser Sitzung die Frage entschieden werden wird, in welcher Form künstlich die diplomatischen Beratungen vor sich gehen sollen. Schon in den letzten Wochen hat der Rat der Minister des Auswärtigen grundsätzlich auf die Abregung der britischen Delegation beschlossen, den Obersten Rat aufzugeben und durch eine Konferenz der Vorkonferenzen der fünf Großmächte zu ersetzen.

Als Nachfolger Clemenceaus in der Regierung wird an erster Stelle Millerand genannt, als Kammerpräsident an Stelle Deschanel's Maol Peret. Andre glauben eher an ein Ministerium Briand. Doch muß man abwarten, wie tief die Welle des Umschwungs geht. Für Deutschland wichtig ist zu wissen, wer Wiedererbauminister, wer Minister der zerstörten Gebiete, und natürlich wer Außenminister wird.

Der Friede für Ungarn.

Der Friedensvertrag, der der ungarischen Friedensdelegation überreicht wurde, laut sich in gleicher Weise auf wie der Vertrag für Oesterreich. Die Abschnitte, die sich auf den Völkerbund, die ungarischen Interessen außerhalb Europas, die Kriegsgefangenen, die Wiedergutmachungen, die Luftschiffahrt, die Häfen, die Wasserstraßen, die Eisenbahnen und auf verschiedene Bestimmungen beziehen, lauten in beiden Dokumenten gleich. Ungarn erkennt die volle Unabhängigkeit des serbo-slowenischen und der tschechisch-slowenischen Staaten an. Ungarn verzichtet zugunsten Italiens, des serbo-kroatisch-slowenischen Staates, Rumäniens und der Tschechoslowakei auf alle Rechte und Titel jener Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die als Bestandteil diesen Staaten einverleibt werden. Ungarn verzichtet auf alle Rechte an Italien über Fiume und die angrenzenden Gebiete, die dem früheren Königreich angehörten. Ungarn verzichtet zugunsten Oesterreichs auf alle Rechte des ungarischen Königreichs, soweit es außerhalb der festgelegten Grenzen liegt.

Die Gesamtstärke der ungarischen Wehrmacht wird auf 85 000 festgesetzt. Es darf kein schweres Geschütz, d. h. kein Geschütz geführt werden, dessen Kaliber mehr als 105 Millimeter beträgt. Was die Wiedergutmachung betrifft, so sind die Bestimmungen identisch mit jenen des Vertrags für Oesterreich. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sind identisch mit den im österreichischen Vertrag enthaltenen Einzelbestimmungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Magdeburg im Hochwasser.

Die Hochwasserbörcherlagen der letzten Tage ließen auch für Magdeburg auf der Elbe einen ungewöhnlich hohen Wasserstand vermuten. Für Dienstag mittag wird ein Pegelstand von 6,45 Metern am Magdeburger Pegel erwartet. Damit wird ein Wasserstand für Magdeburg erreicht, der nur einmal um 10 Zentimeter überschritten wurde. Seit Freitag ist das Prekriener Wehr gezogen, um alte Elbe und Stromelbe teilweise zu entlasten. Durch den hohen Wasserstand besteht für Magdeburg, besonders für tiefliegende Stadtteile, die Gefahr der Unterwassersehung. Augenblicklich sind zwar nur auf dem Werder und in der Friedrichstadt sowie in den im Hafen gelegenen Straßen der Neustadt die Keller teilweise unter Wasser gesetzt. Ernst und groß wird die Gefahr erst, wenn die Deiche durchbrechen sollten. Für diesen Fall sind die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Das Presseamt schreibt dazu:

Eine unmittelbare Gefahr für irgendwelche Teile der Stadt besteht nicht. Die Deiche des Magdeburger Wehrverbandes liegen auf + 6,90 Meter M. N., die des Elbenauer Wehrverbandes auf gleichfalls + 6,90 Meter M. N., mithin noch rund 1,40 Meter höher als der zu erwartende höchste Wasserstand. Unmittelbare Gefahren können nur im Falle eines Deichbruchs eintreten. Für diesen Fall sind, soweit dies der Natur der Sache entspricht, die erforderlichen Vorkehrungsmaßregeln getroffen, soweit dies zurzeit möglich ist. Sandfäße sind an den gefährdeten Stellen ausgelegt, die nötigen Mannschaften und Aufsichtspersonal stehen bereit.

Abgesehen von diesem äußersten Notfall muß jedoch auf folgendes aufmerksam gemacht werden: Mit Rücksicht darauf, daß nach den bisherigen Hochwasserberichten die Dauer des Hochwassers voraussichtlich eine längere sein wird, wird es sich empfehlen, Lebensmittel, insbesondere auch Kartoffeln und so weiter, aus den tiefliegenden Kellern im Ueberflutungsgebiet, im Besonderen rechts der Elbe, rechtzeitig anderweitig unterzubringen, da die tiefliegenden Keller, je länger das Hochwasser dauert, um so stärker unter von unten durchdrungen dem Grundwasser zu leiden haben werden. In tiefen liegenden Lagerplätzen an der rechten Elbe sind alle diejenigen Gegenstände, die der Gefahr des Abtreibens durch Wasser ausgesetzt sind, insbesondere Bretter, Säfer usw., rechtzeitig zu sichern.

Für den Fall, daß in den nächsten Tagen starke Niederschläge eintreten sollten, bestehen gewisse Ueberflutungsgefahren in der tiefen liegenden Neustadt, d. h. das Gebiet, das zwischen Handelshafen, Schiffertrappe, Ottenbergstraße und Mothenjeer Straße liegt, und außerdem für den tiefliegenden Teil der Friedrichstadt, unmittelbar an Neumarkt. In diesen Gebieten wird sich daher empfehlen, rechtzeitig tiefliegende Keller von verderblichen Gegenständen zu räumen.

Soweit bis zur Stunde neue Meldungen vorliegen, ist der Elbdamm bei Postau überflutungslos, jedoch sind weitere Meldungen noch nicht eingegangen. Der befürchtete Dammbau ist bis jetzt nicht eingetreten. Neben diesen ernststen Sorgen, die die Flut uns bringt, bietet die Elbe in diesen Tagen mit ihren mächtigen Wassermassen ein prächtiges Schauspiel. Da der Sonntag ein außergewöhnlich milde Vorfrühlingswetter brachte, waren die Elbe und die überfluteten Gebiete das Ziel tausender schaulustiger Menschen. Schon an der Königsbrücke bekommt man einen Begriff von der Höhe des Wasserstandes. Bis dicht an das Elektrizitätswerk reichen die Fluten und in den Nachmittagsstunden war man eifrig bemüht, das Werk und die am Ströme

liegenden Hochwasserwerke zu sichern. Die Wehrwerke sind fast vollständig unter Wasser gesetzt. Das starke Steigen des Wasserstandes brachte gestern mittag die noch unten stehenden Gerätschaften in Gefahr, so daß die Montiere unter den Augen der zahlreich erschienen die Gerätschaften und das Holz in Sicherheit brachten. Die sonst so friebfertige und stille alte Elbe hat sich in einen reißenden Strom verwandelt, der in allen Teilen das Ufer überstiegen hat. Wie ein großer See liegt der kleine Anger da. Bis an die Herrenkrugstraße, die gestern bis in die Abendstunden „Sonntagsverkehr“ aufwies, reißt das Wasser und immer noch strömt es in das weite Waffin. Der Große Anger zeigt die ersten Spuren des Drängens. Der Herrenkrug war nur auf der hochgelegenen Chaussee zu erreichen. In den vor den Remiswiesen gelegenen Parlamlagen wurden durch Holzgatter und Sandfäße Absperrungen vorgenommen, um eine Ueberflutung des Herrenkrugs zu vermeiden. Die zahlreich in den dortigen Bogen untergebrachten Kampfwagen sind bereits seit Freitag in Sicherheit gebracht.

Einem Miesenstrom gleicht der Inffuktional. Durch die herausragenden Baumkrone fließt das Sonnenlicht und spiegelt sich in dem gelbbraunen Fluten. Viele Hunderte beobachteten am Sonntag von sichern Deiche das riesige Wasser, das immer höher an der Böschung steigt. Auch im Wiederer der Busch steigt das Wasser zwischen Laub und Gestrüpp und setzt große Teile unter Wasser. Die Waldschenke ist nicht mehr trockenem Fußes zu erreichen. Das gleiche großartige Schauspiel bietet der Klosterpark. Nur wenige schmale Stellen sind noch frei von der Flut. Das „Schützenhaus“ ist nur noch auf dem Hauptweg zu erreichen, während zur „Salzquelle“ eine Uebersehtelle den Verkehr nicht ohne Gefahr aufrecht erhält. Auch hier waren viele Tausende Zuschauer und staunende Bewunderer.

Bis in die späten Abendstunden flutete der Menschenstrom zurück in die sichere Stadt, während draußen in der Nacht die Fluten weiter steigen werden, um erst am Dienstag den Höchststand zu erreichen. Soweit jetzt zu übersehen ist, wird Magdeburg und seine Umgebung vor großem Unheil bewahrt bleiben, bis der Fluß in sein gewohntes Bett zurücktritt.

In der Mittagstunde erfahren wir noch, daß unterhalb Nietripp auf dem Westufer allerdings ein Deichbruch zu verzeichnen ist und das Wasser in die dahinter liegende Niederung abfließt. Offschaften sind nicht gefährdet. Von der Elbe oberhalb Magdeburg und von der Saale sind telegraphische Mitteilungen eingegangen, daß bis jetzt ernsthafteste Gefährdungen nicht eingetreten sind. Die Deichwachen sind auf der gesamten Elbe alarmiert, jedoch steht schon jetzt fest, daß der angelegte Hochwasserstand von 6,45 Metern in Magdeburg nicht erreicht werden wird, es wird nur noch mit einem Pegelstand von 5,25 Metern gerednet.

Wolf's Telegraphen-Bureau meldet: Das Hochwasser der Elbe hat bei Nietripp den als Deich dienenden alten Eisenbahndamm in 60 Metern Breite durchbrochen und das Gelände bis zur Bürger Landstraße Kilometerweit unter Wasser gesetzt.

Notizen.

Auslieferung Wilhelms verlangt. Dutaste überreichte dem holländischen Gesandten eine Note, in der die Auslieferung des Kaisers verlangt wird. Ein Funkpruch meldet ergänzend aus Paris, daß die Note 600 Worte enthält und unverzüglich dem holländischen Außenminister übermittelt wurde.

Die Präsidentenbeleidigung der „Deutschen Zeitung“. Das Urteil gegen den Verantwortlichen der „D. Ztg.“ wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert lautete auf 300 M. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in seinem Blatt und in der „Deutschen Ill. Ztg.“. Der Staatsanwalt hatte 600 M. beantragt.

Zeitungsverbote. Das Oberkommando Kocke hat im Interesse der öffentlichen Sicherheit für Berlin und die Mark Brandenburg auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 den Druck und Vertrieb der Carl-Schneid-Beilichschrift „Die Zeit am Montag“ bis auf weiteres verboten. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ ist auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Eine Eisenbahnhauptwerkstätte geschlossen. Die Regierung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. beauftragt, die Eisenbahnhauptwerkstätte N. 12, die größte, modernste und bestausgestattete Lokomotivwerkstätte des Bezirks, wegen Unwirtschaftlichkeit zu schließen. Die Schließung ist Sonnabend nachmittag erfolgt. Sämtlichen Arbeitern ist das Dienstverhältnis zum 2. Februar unter Lohnzahlung bis zu diesem Tage gekündigt und auf ihre Dienste von jetzt ab verzichtet worden. Die Regierung glaubt, eine fernere Vergeudung von Staatsgeldern nicht mehr verantworten zu können.

Depeschen.

Weitere Staatsbetriebe geschlossen.

W. T. W. Berlin, 18. Januar. Außer den Eisenbahnhauptwerkstätten in N. 12 hat die Regierung während des letzten Jahres die Eisenbahnwerke wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs auch die Eisenbahnhauptwerkstätte in Weiden und in Mülheim-Speyer im Eisenbahndirektionsbezirk Essen und die Eisenbahnhauptwerkstätten Nippes und Krefeld-Opium im Eisenbahndirektionsbezirk Köln geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Ferner ist den Eisenbahnarbeitern bei der Betriebswerkstätte in Kirchweyhe im Eisenbahndirektionsbezirk Münster, die zunächst in passive Resistenz und dann gleichfalls in einen wilden Streik getreten waren, eine Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit gesetzt worden. Da die Arbeiter von dieser Bereitwilligkeit der Verwaltung, sie weiterhin zu beschäftigen, keinen Gebrauch gemacht haben, sondern weiterhin dem Dienst ferngeblieben sind, sind sie gleichfalls entlassen worden. In allen diesen Fällen hat die Regierung wie bei der Schließung der Hauptwerkstätte in N. 12 geglaubt, eine weitere Vergeudung von Staatsgeldern vor dem Volke nicht mehr verantworten zu können. (Siehe Notizen.)

Kleinbahnerstreik in Oberschlesien.

W. T. W. Wetzlar, 19. Januar. Der Ausstand der ober-schlesischen Kleinbahnanlagen — gegen 12 000 Mann — geht weiter. Während die Direktion auf ihrem Standpunkt verharrt, die Arbeit müsse erst wieder aufgenommen werden, ehe man in Verhandlungen eintrete, da die Arbeitsniederlegung einen Kontraktbruch darstelle, weil das Arbeitsverhältnis noch bis zum 1. April in Kraft zu bleiben habe, fordern die Angestellten 80 Prozent Lohnsteigerung und freie Kohlen.

Die Nationalversammlung.

189. Sitzung.

Berlin, 17. Januar 1920, 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Erzberger, Müller, Koste. Vizepräsident Ube eröffnet die Sitzung. Das Haus tritt zunächst in die erste Beratung des von allen Parteien gemeinschaftlich eingebrachten Gesetzentwurfes über die Kriegsteuerzulagen für Beamte,

Offiziere und Mannschaften. Das Gesetz bestimmt, daß dafür 500 Millionen Mark auszuwerfen sind.

Die Abgg. Miesotte (Ztr.), Dr. Feinze (Dt. Sp.), Dr. Thüringer (Dt.-natl.) und Luppe (Dem.) geben zustimmende Erklärungen ab.

Abg. Steinkopf (Soz.) stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Das bodenlose Elend, in das das Beamtentum geraten ist, verdammt es der Reichsregierung. Die Befolgung des Gesetzes wird den Ausgleichen schaffen müssen. (Beifall b. d. Soz.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Es ist die Frage aufzuwerfen worden, weshalb vor Weihnachten 50 Prozent der Erhöhung der Teuerungszulagen und Kinderzulagen eingetreten ist, während bei der neuen Erhöhung der Bezüge eine 150prozentige Erhöhung nur der Teuerungszulagen stattgefunden hat. Darüber ein offenes Wort: Wir verstehen nicht die Opposition, die von den Beamten gegen die Kinderzulagen gemacht wird. Es muß sich doch der Grundlag durchsetzen, kinderreichen Familien in jeder Form entgegenzukommen. Der bisherige Tagelohn der Beamten organisiert die Beamtenschaft, daß bis zum 1. April 1920 auch bei Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Ruhe herrschen soll, wird von mir lebhaft begrüßt. Die Erhöhung der Bezüge wird es natürlich mit sich bringen, daß an eine Vermehrung der Beamtenschaft nicht nur nicht zu denken ist, sondern es muß im Gegenteil eine Minderung ihrer Zahl bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsleistung eintreten. (Allseitige Zustimmung.) Der Abschlußtag ist als höchstbedeutend eingeführt worden. Für die Beamtenschaft kann keine Ausnahme gemacht werden. (Lebhafter Beifall.) Man bedenke doch nur, daß dann die Vergewaltigung der Arbeiter arbeiten müssen, mit Recht eine weitere Verkürzung ihrer Arbeitszeit fordern würden. Ein etwaiger Widerstand, der sich von Seiten der Beamten dagegen geltend machen sollte, muß unter allen Umständen beseitigt werden. Für die

Ausmerzung der Korruption

führt die Beamtenschaft jetzt schon selbst. Sie muß mit allen Mitteln bekämpft werden. (Lebhafter Beifall.) Abg. Seger (Unabh. Soz.) stimmt der Vorlage zu. Daß der Reichsbankrott da ist, weiß jedermann. Der Staat zieht aber auch die Länder und Gemeinden mit in den Abgrund. Nur der Abbau der Lebensmittelpreise kann helfen. Abg. Bruhn (Dt.-natl.): Seitenerzeit war es der Abg. Steinkopf, der es nicht unterließ, als ich vor Weihnachten im Ausschuß 50 Prozent Teuerungszulage als viel zu gering erklärte. Abg. Raden (Ztr.): Als Vorsitzender des interfraktionellen Ausschusses für Beamtenfragen stelle ich fest, daß alle Parteien darin einig waren, daß die 50 Prozent nicht ausreichen. Wir mußten sie aber nehmen, damit die Beamten zu Weihnachten überhaupt etwas haben. Abg. Steinkopf (Soz.): Ich schließe mich den Erklärungen des Vorredners vollständig an. Im übrigen halte ich es ausdrücklich für die

Kunstpaktiven die Schuld an der Bereicherung der Beamten

haben. Denn ihre Politik war es, die besonders in Preußen den Ton gab. Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Die von Dr. Heim geführte Politik der Bayern ist mir unverständlich. Man sollte doch endlich mit der Verbreitung der Meinung aufhören, daß die Preise abgebaut werden könnten. Abg. Seger (Unabh. Soz.): Die Löhne stehen durchaus nicht im Einklang mit der Steigerung der Preise. Das zeigt bestehende Gemaleregiment soll aufhören. Fünf unabhängige Zeitungen sind bereits verboten. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Gewaltpolitik wird nicht von der Regierung, sondern von der äußersten Linken getrieben. Das beweisen die letzten Vorgänge. Ich widerspreche mit aller Entschiedenheit der Auffassung, daß unsere Politik zum Staatsbankrott führt. Wenn wir für die Beamten sorgen, so ist das dafür aufgewandte Geld die beste Kapitalanlage. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Mehrheit.) Die Erhöhung der Brotpreise ist von der Regierung einstimmig beschlossen worden, weil sie volkswirtschaftlich notwendig war, damit unser Volk überhaupt essen und leben kann. Produktionsförderung ohne angemessene Vergütung ist ein Ding der Unmöglichkeit. Unsere Vorräte reichen bis zur nächsten Ernte nicht aus, aber es ist zweifelhaft, ob wir überhaupt Brotgetreide auf dem Weltmarkt kaufen können. Wenn wir nur argentinisches und amerikanisches Mehl beziehen, so kostet das

des jetzigen Preises. Darum liegt die Lösung nicht in dem Abbau der Preise, sondern in der Förderung der inländischen Produktion. Abg. Dr. Heim (Wahr. Sp.): Ein Abbau der Preise der notwendigsten Lebensmittel ist nicht möglich. Die Produktion würde dabei immer mehr zurückgehen. Unsere ganze Versorgungsfrage ist heute nicht mehr eine Frage der Landwirtschaft, sondern eine Frage der Vorratserhaltung und des Verkehrs. 50 000 Tonnen schwefeljaunes Ammoniak konnten für die Herbstbestellung nicht verwendet werden, weil es an Transportmitteln fehlte. (Hört, hört!) Es gibt freilich Leute, die durch die Bereicherung des Volkes die Weltrevolution fürchten wollen. Ich kann nicht glauben, daß Herr Wurm diese Theorie mitmachen will. (Abg. Wurm: Mein Unabhängiger denkt daran!)

Reichsfinanzminister Erzberger: Auf einige von dem Vorredner berührte Punkte, die mit der Teuerungszulage nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, muß ich doch noch eingehen. Die Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich und im Zusammenhang damit die gründliche Neuordnung des Reichsverkehrswesens ist so dringlich, daß wir nicht rasch genug zum Ziele kommen können. Würden wir bis zum Jahre 1921 damit warten, dann würde uns wahrscheinlich der Abgeordnete Dr. Heim wieder Unterlassungsklage vormerken. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verkehrsperre hat gezeigt, daß die ungünstigen Verhältnisse durch Übernahme der Bahnen durch das Reich noch am ehesten zu beheben wären. Das liegt namentlich auch im Interesse Bayerns, das bereits so gewaltige Einkommensteuern hat wie kein anderer Staat, und wo ich sie auch im Reich nicht für nötig halten würde. Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Dr. Heims Rede war interessant, aber harmlos war sie nicht, denn sie richtet sich gegen die Einheit der Nation. Die Zeiten sind vorbei, wo für die Bayern Extrawürste gebraten wurden. Es handelt sich darum, ob die bairische Verfassung im Rahmen des Reiches liegen soll, oder die Bayern die Reichsverfassung sabotieren wollen. (Sehr richtig!) Eine Abstimmung über die Reichsverfassung in Bayern könnte ähnliche Wünsche auch in anderen Gebieten wecken. Wir aber sagen: Das Reich, seine Einheit und Kraft über alles! (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Seger (Unabh. Soz.): Die Arbeiterlöhne können bei weitem die gestiegenen Lebensmittelpreise nicht ausgleichen. Die Bräunwirtschaftsrente ist die größte Belastung der Lebensmittel durch die Landwirte. Fünf unserer Zeitungen sind verboten worden. Die Arbeiterpartei wird aus Furcht vor Gewalttätigkeit die nötigen Folgerungen ziehen. Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Bei der jetzigen Steigerung der Produktionskosten ist natürlich ein Preisabbau nicht zu erwarten, zu besseren Verhältnissen können wir erst kommen, wenn die Macht der Gesamtheit die Sozialisierung des Grund und Bodens herbeiführt. (Lachen und Widerspruch rechts. Abg. Dusche (D. Sp.): Dann würde der Mann 500 Mark fohlen!) Die Sozialdemokratie hat schon seit 20 Jahren die Verelendungstheorie zu Grabe getragen.

Abg. Dr. Heim (Wahr. Sp.): Meine Frage stützt sich auf eine Notiz der „Täglichen Rundschau“, daß immer wieder Gerüchte aufkamen, wonach die deutschen Eisenbahnen der Reichsfinanzverwaltung als Unterlage für ein großes Kreditgeschäft mit den Amerikanern und Engländern dienen sollen. Die Nachrichten würden dadurch die deutschen Eisenbahnen und das deutsche Volk in der Hand haben. Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Wir wenden uns aufs entschiedenste gegen die Separationspolitik. Sagen Sie uns, was Sie mit dem Marschall Koch vorzugesetzt haben, Herr Dr. Heim. (Große Bewegung.) Reichsfinanzminister Erzberger: Im Namen der Reichsregierung erkläre ich, daß die Regierung eines Verständnisses für Bayern über die Reichsverfassung nach dem Wortlaut der Reichsverfassung kommen. Der ist in den Ecken ausgefressen. Er mag an die Bücher gehen, daß wir uns Klarheit verschaffen!

Sauer machte eine Anstellung. Die ergab, daß das Geschäft vor dem Zusammenbruch stand. Nicht nur, daß Gretes Vermögen verpfändet war, auch der Altmeister mußte seine Forderung in den Schornstein schreiben, wenn er die Meßgerei nicht selbst wieder übernehmen sollte. Dazu entschloß er sich rasch. Seit er sich zur Ruhe gesetzt, kochte er allerlei Bescheidenheiten, die — das hoffte er — die allgemeinere Hamisierung vertreiben würde. Doch in den fünfzig Jahren konnte er mit seiner frieden Gesichtsfarbe und strammen Körperhaltung für einen Vierziger gelten.

Grete bot ihm ihre Einrichtung als Hauptpfand an. Er möchte ihr erlauben, daß sie sich im Hause nützlich mache, bis sie eine passende Stelle gefunden. „Die haben Sie“, erwiderte Mühlmann, „wenn Sie wollen. Ich steh allein. Ich brauch eine Hilfe. Was ich Ihnen als Vergütung geb, darüber werden wir einig werden.“ Sie hat sich eine kurze Bedeutzeit aus. Dann trat sie vor ihn hin und sprach:

„Ich nehm Ihren Vorschlag an. 's wär mir sehr arg gewesen, in die Welt zu gehen, wo Sie von mir noch so viel zu kriegen haben. Jetzt kann ich für Sie schaffen, kann nach und nach abverdienen, was ich Ihnen schuldig bin!“ Der Altmeister lächelte.

„Dadüber wären wir also content. Du willst ich Ihnen was jagen, Grete. Sie und ich, wir sind alle zwei zu gutgläubig gewesen. Geschehen ist geschehen. Das Simelieren hinterm hat keinen Wert. Achtundzwanzig Jahr hab ich hier mein Mannwerd getan. Wir man's anpackt, hat man's in Händen. 's mußst sonderbar zugehen, wenn ich das Fräuchen nicht wieder in Ordnung brächt!“

„Es kam in Ordnung. Von dem Tage an, daß Mühlmann die weiße Schürze umband und sein Handweck im alten Geise trieb, war das Vertrauen zum Geschäft wieder hergestellt. Im Laden war ein Begrüßen und Handgeschütteln, daß der Meister nun immer zu danken hatte. Die Frau Hofrat Wender, die als lässige Zahlerin bekannt war, räumte herein:

„Wie Sie hier waren, Herr Mühlmann, hatte ich keine Veranlassung zu klagen. Bei Ihrem Nachfolger war die Bedienung geradezu pflanzlich. Das wird sich nun hoffentlich ändern!“ Der Matzdienner Dauber, mit einer Miene, als ob er kein Wässerchen trüben könne, hielt eine kleine Rede.

„Wissen Sie, was ich gesagt hab, Meister, wie Sie fortgegangen waren?“, Dem Herr Mühlmann sein Weggang ist ein Verlust für unsere Stadt!“ „Als Steuerzahler!“ meinte einer. „Nein“, sagt ich, als Arbeiter und Mensch. Er war ein Ehemann

verfassungstipp und klar ausgeschlossen ist. Solche Ansprüche würden zur Zerschmetterung des Reiches führen. Die Vereinfachung der Eisenbahnen muß möglichst noch vor dem 1. April 1920 zur Tat werden, damit der Haushalt rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Ueberzentralisation will kein Mensch. Auf dem Gebiet der Eisenbahnen sollten die Erfahrungen des Krieges allein schon den Wunsch nach der Zusammenfassung aller Verkehrsströme wachrufen. Während der Verkehrsperre sind leider in Bayern die Personenzüge teilweise in derselben Zahl wie früher weitergefahren; allerdings ohne Reisende. Wie sollen wir Kohlen, Kessel, Kohlen und Stickstoff an die Bedarfsorte schaffen, wenn man uns die Lokomotiven dafür vorenthält? (Lebhafte Zustimmung.) Zu der Falschmeldung der „Täglichen Rundschau“ über die Verwendung der Eisenbahnen zur Kreditgeschäften stelle ich nachdrücklich fest: Ein solcher Plan besteht nicht und kann auch gar nicht bestehen; denn nichts wäre schädlicher für den Wiederaufbau, als wenn wir uns in unsere Eindrücke nicht mehr Herr blieben. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Koch (Merseburger, Dem.) weist gegenüber dem Abgeordneten Wurm auf die Schwierigkeiten der Milchversorgung infolge der Ablieferung der Kühe hin. (Anhaltende große Unruhe. Wiederholte Zurufe: Teuerungszulagen!)

Abg. Dr. Heim (Wahr. Sp.): Im Verhältnis von Bayern zum Reich hat die Revolution, soweit Verpflichtungen und Verträge in Betracht kommen, nichts geändert. (Lebh. Hört, hört!) Ich habe nicht mit Koch gesprochen, ebensowenig mit Mangin. Ich habe nur zweimal kirchenmäßig mit Franzosen verhandelt, war aber nicht ohne Willen und Wissen der maßgebenden deutschen Faktoren dort und habe kein Wort gesprochen, das nicht jeder Deutsche sprechen könnte. Ich lehne nicht nur die Zentralisierung ab, sondern auch den Einheitsstaat, wenn er diese Zentralisierung zur Folge haben muß. Es ist an mich die Forderung herangetragen, die Idee der Donau-Flöderation zu unterstützen. (Hört, hört!) Ich habe das rundweg abgelehnt.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.): Dr. Heim hat die Reichsregierung wissen lassen, daß er zum Marschall Koch reife. (Dr. Heim: Umgekehrt, ich habe sie gefragt, ob sie wünscht, daß ich binne! Die Reichsregierung hat aber nicht gewollt, daß er mit den Franzosen irgendwelche Verhandlungen pflegt. Das deutsche Volk hat sich durch die Nationalversammlung eine Verfassung gegeben, und da kann nicht nachträglich ein Rand auf die alten Verträge zurückgreifen.

Minister Erzberger: Ich erkläre auf telephonische Anfrage des Dr. Heim, daß ich mit dem Ministerpräsidenten Mühlbauer nehmen würde. Bei einer Einladung von maßgebender französischer Seite würde die Regierung kein Bedenken gegen die Reise haben, aber vorher sollte er nach Berlin kommen zu einer Besprechung. Wegen der Verkehrsperre erklärte Dr. Heim das für unmöglich, aber ich blieb dabei. Dann habe ich gar nichts mehr von Dr. Heim und seiner Reise gehört. (Dr. Wirth: Die Regierung hat also die Reise nicht gewollt? Nein, sie wollte ja gar nichts davon!)

Abg. Landsberg (Soz.): Ende Februar stellte Dr. Heim an das Reichsministerium in Weimar das Ersuchen, Bayern von der Militärverwaltung zu befreien. Da die Aufstellung bairischer Truppen viel Zeit in Anspruch nehmen würde, ersuchte er, Truppen anderer Kontingente, insbesondere preussische Truppen in Bayern einmarschieren zu lassen. Er wolle nicht verschweigen, daß dieses die Erhebung gewisser Schichten nach sich ziehen könne. Zu diesen Leuten gehöre er nicht. Man möge aber Persönlichkeiten, die bei ihnen etwas gelten, in Schutzhaft nehmen. Er stelle sich für diesen Zweck zur Verfügung. (Bewegung.) Später hat mir das Dr. Heim in einem persönlichen Gespräch bestätigt bis auf den Punkt von der Schutzhaft. Wie mir aber Herr Erzberger bestätigte, hat er genau denselben Eindruck von den Ausführungen Dr. Heims gehabt. (Anhaltende Bewegung.)

Abg. Trimborn (Ztr.): Am 12. Mai habe ich und Gröber über in Saale Herrn Dr. Heim erzählt, daß eine solche Reise nicht ohne Genehmigung der Regierung stattfinden dürfte.

Abg. Dr. Heim bestreitet die Darstellung Landsbergs, während Abg. Gerstenberger (Ztr.) die Darstellung des Finanzministers bestätigt und Minister Erzberger die Darstellung Landsbergs in jedem Punkt unterstreicht.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache gleich in zweiter Lesung angenommen.

Die Vorlage über Kinogensenur geht an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik, ebenso der Gesetzentwurf über die Beschäftigung Schwerbeschädigter. — Der Gesetzentwurf über

durch und durch. Warf Ja und Nein nicht in einer Kapsel. In keinem Handweck war er obenan. Es ist nicht alles Wurst, was als Wurst verkauft wird. Wirtschaften ist auch eine Kunst. Der Herr Mühlmann verstand's. Und was ich besonders an ihm schätzte, er hatte eine noble Natur, gab, denen er's gönnte!“ So sagt ich. Jetzt ist in der Stadt nur eine Stimme: die Leute freuen sich, daß Sie wiedergekommen sind. Der Zulauf beweißt!

Grete, die hinter dem Ladentisch ihre Schuldigkeit tat, hörte das alles mit an.

Noch gingen die bösen Augen im Galopp. Den Fall gefeiert, Mühlmann mochte ihr die Stelle mit Gold auf, Grete hätte nicht bleiben dürfen. Wenn sie als frühere Meistersfrau so wenig auf Stand und Reputabilität hielt, konnte man keinen Respekt vor ihr haben. Was plante sie? Vielleicht wollte sie den Altmeister fangen. Möglich auch, daß sie noch auf den Buchbinder spekulierte. Es war alles schon dazugewesen.

Rudwig Jöds wurde nicht minder verhaßt. Deracht hin, Geracht her. Es war keine Seele dabei, wie er und Gonder auseinander gerieten. Der alte Liebhaber und der eiferfüchtige Ehemann, wie rasch ward da ein Fünfschen zur Flamme! Der Stärkste fand seinen Meiter, wenn er angetrunken war. Und der Goliath hatte schieß geladen. Das hatten die Mannöver beigeugt. Ob ihm der Buchbinder den tödlichen Stich gegeben, das mußte der mit seinem Gemissen abmachen.

Derlei lächerliches Gerede wurde sogar in die „Post“ getragen, so daß der Herr Geheimrat Schönborn sich bemüht sah, vom Stammtisch aus zu erklären, und zwar so laut, daß es das ganze Lokal durchhallte:

„Man wird den Ehrabschneidern die Mäuler stopfen! Wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen andern unwahre Tatsachen behauptet, die diesen berächtlich machen und in der öffentlichen Meinung herabsetzen, wird wegen verleumdender Beleidigung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Das merke man sich!“

Der Herr Geheimrat Schönborn war ein Mann, der das größte Ansehen genoss. Seine Worte verpfehlten ihre Wirkung nicht. Der große Strom des Stadtklatsches schmolz ab, im Geheimen aber ließen die trüben Bäcklein weiter.

Der Altmeister machte von Gretes Einrichtung keinen Gebrauch. Zwei Zimmer, die er in Anspruch nahm, statete er mit seinem eignen Hausat aus. Den hatte eine Fuhrer vom Ribba gebracht. Was er besaß, war ihm vom Vater und Großvater zugefallen und gehörte zu seinem Wohlbehagen. Er war kein Wirkhausaufsteiger. War das Geschäft geschlossen, las er bis Zeitungen oder allerlei Bücher, die er bei einem Antiquar erstanden.

(Fortsetzung folgt.)

Grete Fillunger.

Roman von Alfred Döbl.

(25. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

14.

Der alte Lehrer Kahn war einer der ersten, die ins Metzgerhaus kamen, Grete ihr Mitgefühl zu zeigen. Er hatte in der Schule ihr Vertrauen besessen und besaß es noch. Es war ihr eine Erleichterung, daß sie endlich einmal ihre Klümmernis gegen jemand aussprechen konnte. Der alte Mann hatte in der eignen Familie mancherlei Trübsal erfahren, hatte sich dessenungeachtet bis in die Siebziger hinaus seine Herzergreudigkeit bewahrt.

„Grete“, sagte er in seiner milden Art, „das Schicksal nimmt Dich hart mit, aber wie ich Dich kenne, wirst Du keine Verbittertheit in Dir aufkommen lassen. Du kannst den Blick frei erheben. Dein Vater hat Dir seinen unantastbaren, ehrenfesten Namen hinterlassen. Das wirst einen Glanz auf Dein ganzes Leben. Jetzt sieht Du nur Wolken, meinst, alle Sterne sind Dir gram. Die Welt wolt weiter. Schließ Dich nicht von ihr ab. Die Menschen können einem sehr weh tun. Man veranschauelt sich, man will nichts mehr von ihnen wissen. Und man muß doch wieder zu ihnen gehen, muß wieder Vertrauen zu ihnen fassen. Du hast die Arbeitsbader und sitzt nicht still. Vor allen Dingen: Du bist jung. Ich hab den festen Glauben, Du wirst Dein Glücksbrötchen noch essen!“

So sprach der Lehrer, und Grete wachte ihm für seine Worte Dank. Es war ihr, als hätte sie die Hand ihres Vaters, die sich kühlend auf ihre heiße Stirn legte, als würde der Druck von ihrer Seele genommen.

Nach der Beerdigung Gonder's, an der Altmeister Mühlmann teilgenommen hatte, fragte Grete diesen um Rat, wie sie es mit der Meßgerei halten sollte. Sie schickte ihm den Niedergang des Geschäfts. Sie begriff wohl, daß sie jetzt den Gläubigern gegenüber die volle Verantwortung trug.

Der Altmeister war zwar durch seine Hypothek gebückt, doch hatte er Gonder noch ein Kapital gegeben, von dem nur ein Teil zurückgezahlt war. Für die verbleibende Summe hatte er keinerlei Sicherheit.

„Da brüt mir einer einen Storch!“ rief er wie aus den Wolken gefallen. „Der Theobald! Ein Kerl, der die Welt bannen wolt! Solt man das für möglich halten? 's kann nicht anders sein, er muß im Oberbüchsen so stark eingezogen haben. Wenn's Ihnen recht ist, Frau Gonder, lassen wir den Kaufmann Sauer

kommen. Der ist in den Ecken ausgefressen. Er mag an die Bücher gehen, daß wir uns Klarheit verschaffen!“

Sauer machte eine Anstellung. Die ergab, daß das Geschäft vor dem Zusammenbruch stand. Nicht nur, daß Gretes Vermögen verpfändet war, auch der Altmeister mußte seine Forderung in den Schornstein schreiben, wenn er die Meßgerei nicht selbst wieder übernehmen sollte. Dazu entschloß er sich rasch. Seit er sich zur Ruhe gesetzt, kochte er allerlei Bescheidenheiten, die — das hoffte er — die allgemeinere Hamisierung vertreiben würde. Doch in den fünfzig Jahren konnte er mit seiner frieden Gesichtsfarbe und strammen Körperhaltung für einen Vierziger gelten.

Grete bot ihm ihre Einrichtung als Hauptpfand an. Er möchte ihr erlauben, daß sie sich im Hause nützlich mache, bis sie eine passende Stelle gefunden. „Die haben Sie“, erwiderte Mühlmann, „wenn Sie wollen. Ich steh allein. Ich brauch eine Hilfe. Was ich Ihnen als Vergütung geb, darüber werden wir einig werden.“ Sie hat sich eine kurze Bedeutzeit aus. Dann trat sie vor ihn hin und sprach:

„Ich nehm Ihren Vorschlag an. 's wär mir sehr arg gewesen, in die Welt zu gehen, wo Sie von mir noch so viel zu kriegen haben. Jetzt kann ich für Sie schaffen, kann nach und nach abverdienen, was ich Ihnen schuldig bin!“ Der Altmeister lächelte.

„Dadüber wären wir also content. Du willst ich Ihnen was jagen, Grete. Sie und ich, wir sind alle zwei zu gutgläubig gewesen. Geschehen ist geschehen. Das Simelieren hinterm hat keinen Wert. Achtundzwanzig Jahr hab ich hier mein Mannwerd getan. Wir man's anpackt, hat man's in Händen. 's mußst sonderbar zugehen, wenn ich das Fräuchen nicht wieder in Ordnung brächt!“

„Es kam in Ordnung. Von dem Tage an, daß Mühlmann die weiße Schürze umband und sein Handweck im alten Geise trieb, war das Vertrauen zum Geschäft wieder hergestellt. Im Laden war ein Begrüßen und Handgeschütteln, daß der Meister nun immer zu danken hatte. Die Frau Hofrat Wender, die als lässige Zahlerin bekannt war, räumte herein:

„Wie Sie hier waren, Herr Mühlmann, hatte ich keine Veranlassung zu klagen. Bei Ihrem Nachfolger war die Bedienung geradezu pflanzlich. Das wird sich nun hoffentlich ändern!“ Der Matzdienner Dauber, mit einer Miene, als ob er kein Wässerchen trüben könne, hielt eine kleine Rede.

„Wissen Sie, was ich gesagt hab, Meister, wie Sie fortgegangen waren?“, Dem Herr Mühlmann sein Weggang ist ein Verlust für unsere Stadt!“ „Als Steuerzahler!“ meinte einer. „Nein“, sagt ich, als Arbeiter und Mensch. Er war ein Ehemann

Führung von Strafreligionen aus den Abstimmungs- gebieten in Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Am 2½ Uhr vertagt sich das Haus bis 4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Dr. Spahn (Ztr.), Dr. Wechsung (Soz.), Jast (Dem.), Dr. Geinge (Dt. Vp.), Dr. Traub (Dt.-natl.) über die von dem internationalen Hohen Ausschuss für die Rheinlande erlassenen Verordnungen. Nach der Berechnung zehntausend Verordnungen und den abklärten Mächten vom 28. Juni 1919 betreffend die militärischen Besetzungen der Rheinlande kann der als Zivilbehörde errichtete internationale Hohen Ausschuss für die Rheinlande Verordnungen erlassen, die für die Gewährleistung des inneren Ruhe, der Sicherheit und der Wohlfahrt der Rheinlande der Alliierten und assoziierten Mächte notwendig sind. Nichts weiter. Der Hohen Ausschuss hat nach der Übernahme seiner Geschäfte fünf Verordnungen erlassen, die von der unrichtigen Auffassung ausgehen, daß aus seiner Pflicht zur Sorge für die Sicherheit der Alliierten die Berechtigung zur Wahrung der öffentlichen Ordnung überhaupt folge, die Grenzen seiner Zuständigkeit nicht innegehalten. Der Hohen Ausschuss kann danach in die Gesetzgebung des Reiches und Preussens eingreifen. Seinen Verwaltungsmahnahmen ist das besetzte Gebiet dem Hohen Ausschuss gefährlich erscheint.

Kann ausgewiesen werden.

Der Kontrolle des Hohen Ausschusses unterliegt verfassungsmäßig das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, die freie Meinungsäußerung sowie das Vereins- und Versammlungswesen. Wegen Zuwiderhandlungen gegen Verordnungen des Hohen Ausschusses wird deutschen Beamten Ausweisung angedroht. Für einen ausgedehnten Personenkreis können die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte von den Tribunalen des Hohen Ausschusses angefochten werden. Ihrer ordentlichen Gerichtsbarkeit sind Deutsche, die mit den Truppen der Alliierten in irgendwelchen Beziehungen stehen, dadurch entzogen, daß sie der Militärgerichtsbarkeit unterstellt sind. Der Hohen Ausschuss ist sogar berechtigt, den Kreis der Sachen zu bestimmen, die vor die Militärgerichte oder Tribunale des Hohen Ausschusses gehören, ja selbst bei den Zivilgerichten anhängigen Sachen in jeder Lage des Verfahrens diesen zu entziehen. Dadurch sind für Straftaten und für bürgerliche Rechtssachen wie auch für das Strafrecht von den zuständigen Stellen getrennte Sonderverfahren geschaffen. Die auf die gerichtlichen Verfahren während des Waffenstillstandes bezüglichen Vorschriften finden in der Vereinbarung vom 28. Juni 1919 keine Unterlage.

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um die Innenhaltung des Rheinlands abzuklären seitens des Hohen Ausschusses des Rheinlandes zu sichern?

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Inhalt und Umfang der Verfügungen der Besatzungsbehörden im Westen richtet sich nach dem Rheinlandsabkommen. Wären die Ordnungen der Kommission Recht, so wäre das Rheinland nicht besetzt, sondern unterworfenes Gebiet (Sehr richtig), dann unterständen sie nicht dem Reich, sondern fremder Souveränität, dann wären sie nicht ein Hauptposten für die Erfüllung unserer Verpflichtungen, sondern eine Fremde auf Gnade und Ungnade überlassene Kolonie. Die Bestimmungen des Rheinlandsabkommens geben den Alliierten das Recht, jederzeit den Besatzungsstatus zu verhängen. Wären aber die Ordnungen Recht, so bedürfte es der Verhängung des Besatzungsstatus im einzelnen Falle gar nicht mehr, denn sie bedeuten einen dauernden Besatzungsstatus. (Sehr richtig.) Die Reichsregierung hat daher, nachdem sie beim Rheinlandsabkommen ihre schwere Bedenken vergeblich zur Sprache gebracht hatte, einen schriftlichen Protest gegen diese Ordnungen erlassen und sich zu mündlichen Verhandlungen bereit erklärt. Die Regierung steht auf dem unantastbaren Rechtsboden, den ihr der in feierlicher Form verkündete Friedensvertrag garantiert (Beifall) und den unsere Gegner, die sich so oft hinter das Recht gestellt haben, verlassen haben. Der Charakter des besetzten Gebietes als unterworfenen Landes wird dadurch gekennzeichnet, daß jedes Gesetz und jede Verordnung der deutschen Behörden der Rheinlandsabkommens zur Genehmigung zu unterbreiten ist (Hört, hört!) und nachträgliche Aufhebung jeder Zeit vorbehalten bleibt. (Voraussetzung.) Das bedeutet die Aufrichtung einer fremden Souveränität und ist ein Bruch des Friedensvertrags.

(Lebhafter Beifall.) Die Franzosen nennen das Rheinlandsabkommen „ein Statut von beispielloser Freiheit“. Wir haben andere Anschauungen von Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Die Reichsregierung wird ihre Aufgabe darin sehen, jede Handlung im besetzten Gebiet, die die Rechte der deutschen Bevölkerung antastet, von dieser Stelle aus, und sonst wo es möglich ist, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Einen Trost für uns bildet in dieser bitteren Stunde die unendliche würdige Haltung, die die Bevölkerung des Rheinlands mit nichtswertigen Ausnahmen einnimmt. (Lebh. Beif.) Unter den Hammerschlägen dieser Behandlung wird das Rheinland fetter an das Deutsche Reich angegliedert werden als je in den Tagen des Glücks. Das Rheinland ist deutsch nach Gesinnung, Mut und Sprache, deutsch auch nach Form und Inhalt des Friedensvertrags. (Stürmischer Beifall und Gänkeklaffen, in das auch die Tribünenbesucher einstimmen.) Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Rehrbach: Die nächste Sitzung auf Sonntag 12 Uhr an mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes, erste Lesung des Körperschaftsteuergesetzes.

Die Abg. Schulz (Wormberg, dt.-natl.) und Niefer (Dt. Vp.) erheben Einspruch gegen die Beratung des Arbeiterberufsgesetzes, während die Abgeordneten von Payer (Dem.) und Lobe (Sozialdemokrat) die Notwendigkeit betonen, auch dieses Gesetz dem Ausschuss zu überreichen, der die Einwohnereinkommen herabsetzt. Wegen des Einspruchs der Rechten wird die Körperschaftsteuer von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

140. Sitzung.

Berlin, den 18. Januar.

Die dritte Beratung des Betriebsrätegesetzes

wird abschnittsweise zusammengefaßt, die Generaldebatte findet beim ersten Abschnitt statt.

Abg. Schiele (Dt.-natl.): Meine Fraktion wird gegen das Gesetz stimmen, da es ihren volkswirtschaftlichen Grundansprüchen widerspricht.

Abg. Dr. Most (Dt. Vp.): Dem Grundgedanken des Gesetzes haue meine Partei sympathisch gegenüber; der vorliegenden Form des Gesetzes stimmen wir nicht zu.

Präsident Fehrerbach: Die demokratische Fraktion hat namentliche Ablehnung über das Gesetz beantragt.

Abg. Ehardt (Ztr.): Wenn man von rechts und links Sturm läuft, dann wird das Gesetz schon das Richtige treffen. (Beifall und Widerspruch.) Die Unabhängigen sind bei den Kommissionsberatungen nicht zugegen gewesen und haben hier nur Reduzierungen gehalten. Auch die Politik der Rechten unterscheidet sich davon nur wenig. (Dr. Vorn redt.) Wir stimmen dem Gesetz zu, weil es dem Ausgleich der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen dient und dem Wiederaufbau nützt. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Penke (U. S.): Wir werden gegen das Gesetz stimmen, aber natürlich aus anderen Gründen als die Herren von der Rechten. Wir können uns nicht mit dem Worte des Herrn Finanzministers begnügen: *Arbeits* und *Arbeit*. Untere Gründe sind Gründe des revolutionären Kampfes. Dem Abg. Ehardt sage ich: Die kapitalistische Produktionsweise hat Vortritt gemacht, nicht die Kältepolitik. Die Regierung hätte die Forderungen der Arbeiter erfüllen, wenn sie sich der Macht der ganzen Arbeiterklasse versichert hätte. (Zuruf: Darauf

haben Sie ja versorgt, daß das nicht möglich war.) Darum muß die Revolution weitergeführt werden. Sie (zu den Soz.) stimmen aus Angst für das Gesetz, nicht aus sozialpolitischen Gründen. Es kann kein arbeitertrennendes Gesetz sein, das unter solchen militärischen Vorbedingungen zum Massenmord zustande kommt. (Zuruf: Unwahrheit! Schämten Sie sich! Gemeiner Feind!) Eine Schande ist das! Das Gesetz ist mit Blut getauft. (Zuruf: Diese Taufe haben Sie vollzogen. Ihre Wirtschaftsordnung kann nicht mehr aufrecht erhalten werden, der Totengräber für Sie ist schon bestellt. Das Gesetz wird die Arbeiterschaft aufrecht zu immer entschlossenerem Kampfe. (Beifall auf der äußersten Linken. Pfaffen b. d. Rechten.)

Abg. Osteroth (Soz.): Der revolutionäre Kampf ist für den Zweck dieses Gesetzes dagegen ist ihm für seine Argumentation nur Anlaß. Wenn der Betriebsrat immer nur die Ausbeutung der Arbeiter ist, wie heute sagt, was verlangt er da überhaupt? Betriebsrat? Das Verhalten der Unabhängigen hier im Hause ist ein Vorbildum an dem Narrenhaus. (Sehr richtig.) Die stürmischen Auseinandersetzungen in der Kommission sind der beste Beweis dafür, daß die Mehrheitssozialdemokratie ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Dagegen haben die Unabhängigen ihren Partisanen den reinen Zorn lautlos in die Kommission geschickt. (Große Heiterkeit.) Einen einzigen Antrag hat er gestellt, der war aber auch danach. (Erneute Heiterkeit.) Andre Unabhängige

haben vorübergehend Gastrollen gegeben.

Wir haben darüber ein bißchen Buch geführt; bei 72 Abstimmungen hat immer einer von den Unabhängigen gelehrt (Abg. Geier (U. S.): Die Buchführung stimmt nicht!). Die Buchführung ist viel sorgfältiger als die, die Sie in Leipzig an dem kommunalen Kasernenamt geführt haben. (Stürmische Heiterkeit und Gänkeklaffen.) Sie sind die falschen Ritter des Sozialismus, keine Strauchritter. (Zuruf: Kranige Ritter!)

Vizepräsident Dietrich: Wenn es nicht auch um einen Biß handelt, bitte ich doch, diese Ausdrucksweise zu vermeiden.

Abg. Osteroth fortsetzend: Ich nie Buße in Sad und Ask. Aber es ist wohl verständlich, daß man nach achtstündiger Debatte, in der so viel falsche Angriffe gegen meine Partei gerichtet wurden, in dem Ton verfährt, in dem heute, Geier und Kornen reden. (Beifall.) Im mittelalten Traumenbüchlein war Herr von der Linden sehr kompromittiert gezeichnet und der geistige Urheber der Vereinbarung über die Betriebsräte war mein Freund Hie. (Hört, hört!) Im Nahrevier wurde diese Vereinbarung übernommen. Jährlich jährlich wurden im Nahrevier

Zehntausende von Bauarbeitern gemahnt.

Heute muß der Arbeitgeber einen halben Jahreslohn zahlen, wenn er einen Arbeiter ungerechtigt entläßt. Da wollen Sie den Begleitern erzählen, daß das Gesetz so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, ein Verrat an den Arbeitern ist? Wenn die kaiserliche Rechte und Linke miteinander konzentriert, muß der Weg der richtige sein. Sie können mit der Arbeiter eine Billigung mit Vorwissen befehlen machen, aber sie werden einsehen, daß das Gesetz nicht so schlecht ist, wie Sie es dargestellt haben. Im Bergbau hatten wir Betriebsräte, in denen die Unabhängigen die Klappe so weit aufstießen (Der Arbeiter macht eine ausholende Geste) wie eine gewisse Dame dieses Hauses. (Heiterkeit.) Jetzt sind Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Schule an ihre Stelle getreten. Dieses Gesetz fordert nicht alte Arbeiter und Maulwurfesser, sondern neue, gemischten Arbeiter. Epiker, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen sich einsetzen. Darum wird es eine große Unterlage für die Unabhängigen bedeuten, weil für die Leute mit der jähren Ausdauer nicht haben. Die Zeit ist auch vorbei, wo der Landarbeiter schlechter behandelt wird wie die Kuh und der Ose im Stalle. In der Kommission wurde die Zahl der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben für die ein Mann zu wählen ist, von fünf auf zehn erhöht, und zwar mit 13 gegen 12 Stimmen. Diese Verschlechterung ist also in das Gesetz gekommen, weil

einer von den Unabhängigen geschlafen hat.

(Hört, hört!) Vämmer Widerbruch bei den U. S. V.) Ihre (nach links) Haltung ist von der Furcht vor den nächsten Wahlen und vor von Kommunisten diktiert. Das wird uns nicht abhalten für das Gesetz zu stimmen, nicht weil wir die Koalition nicht auseinanderfallen lassen wollen, sondern weil wir große Vorteile für die Arbeiter darin erblicken. Wenn das Gesetz auch noch nicht die Demokratisierung des Wirtschaftslebens bedeutet, so ist es doch ein erfolgreicher Vorwärtsschritt. Am dritten Reichstagsstag hat auf der Konferenz der Reichsleiter des Arbeiternachrichtendienstes der Reichsleiter den Auftrag erhalten, die beiden im Reichstagsabkommen bestimmten Fraktionen gegen das Gesetz zu stimmen. Mit 55 gegen 14 Stimmen haben die Vertreter der Unabhängigen sich gegen den unabhängigen Antrag ausgesprochen und uns erklärt, daß es das Gesetz zu stimmen. Das sind Leute, die in der Praxis leben, nicht wie Mannen und Dr. Geier, die hoch drohen auf Wolken herunterzugehen.

Möge der Reichsminister ein Zitatoren werden vom Zuschnitt unterster Klasse. (Heiterkeit und Spott.) Wir wollen nicht eine Diktatur der Demagogen und Kapitalisten, sondern einer, die das Leben des deutschen Volkes erhalte, eine Diktatur der Demokratie, eine Diktatur unter Kontrolle des Volkes, nicht eine Kontrolle Odenburgs, Finkenbergs und Dr. Geiers. Meine einzigen Reichstagsjahre waren 4 Jahre Gehirngang. (Zuruf rechts: Sehr ehrenvoll!) Ob ehrenvoll oder nicht, es sind Narben vom Schlagfeld der Arbeit, für die ich jetzt von jenen der draußen (nach links) Bekleidet geschimpft werde. Wer sagt es bei einer Schande, daß ich für die Interessen der Arbeiter im Reichstag gekommen bin, mit dem kann ich über den Begriff der Ehe nicht streiten. (Stürmischer Beifall.) Das Gesetz wird keine Wunder bewirken. Der Gedanke der Solidarität, der Aufopferung ist heute vertrieben und vertrieben. Bei den allernächsten die Worte des Herrn Vizepräsidenten: Ohne Frage ist das eine Folge des Krieges. Glauben Sie denn aber, daß wir von heute auf morgen diese Menschen in den sozialistischen Produktionsstätten hineinstecken können? In 6 Wochen würden Ihre eignen Anhänger sich von Ihnen abwenden. Der Streit zwischen sozialer Demokratie und sozialer Diktatur zieht sich wie ein roter Faden durch die Unabhängigen. Heute an die unter Führung der wertigen Frau Luise Jacy (Hört, hört!) den Anschlag nach Moskau gepredigt haben, haben aufgehört, Sozialdemokraten zu sein. Die dürfen nicht mehr hängen: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen...“ Die schenken mir nicht hat gelast der Weg

zur Rückzahlung wurde über Millionen Hungerleiden

des deutschen Volkes gehen. Deshalb glauben wir als getreuer Eckart der deutschen Arbeiter, gegen diesen Wahnsinn, gegen diesen Fimmel uns zur Wehr setzen zu müssen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Bei der gegenwärtigen juristischen Wirtschaftsfrage treiben Sie die Arbeiter ein über das andre Mal zum Generalstreik. Wenn in Berlin die Arbeiterfrage über Verhandlungen keine zwei Briefe im Hause hätte, ist es Ihre Schuld. (Wort b. d. U. S.) Um Ihre warme Anteilnahme weiter fortzusetzen zu können, propagieren Sie seit 2 Monaten die Sechshundertsicht. Ohne Lösung der Wohnungsfrage und Durchführung der dazu nötigen technischen Einrichtungen würde dann der Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger sein. Sie wehren sich sogar gegen eine friedliche Lösung der Sechshundertsicht, nämlich gegen den Vorkampfsbeschlusses vom letzten Sommer, der internationale Vereinbarungen darüber verlangt, weil wir auf den Weltmarkt angewiesen sind. Ich möchte auch an Ihre Vermittlung appellieren; was soll aus dem Ganzen eigentlich werden? Die Verantwortung für den Zusammenbruch nehmen wir ab und Sie (nach links) werden es austragen müssen. Die Diktatur hat keine ewige Dauer. Nicht den Kapitalismus zu verteidigen, sondern der Wirtschaft zu dienen, ist der Zweck des Gesetzes. Die Sozialisierung geht auch nur zu langsam. Aber wenn Sie (nach links)

Bundesgenossen der Rechten

sind, woher sollen wir denn die Kraft haben, unsere sozialistischen Ideen durchzuführen? Sichhorn und seine Leute sind die Handlanger der Reaktion. Wir haben Mitleid mit dem verheerenden Volke. Der Freiheit des einzelnen hört auf, wo die Lebensrechte der Gesamtheit zu beginnen. Und Sie (nach links) haben am letzten Dienstag an den Lebensinteressen des deutschen Volkes, der deutschen Demokratie getüftelt. Dieses Gesetz aber wird eine Wohltat der

Menschenheitgeschichte sein, wie die Sklaverei nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, wo die ganze Welt aufbelebte. (Lebhafter Beifall.) **Arbeitsminister Schiele:** Wir haben eine Kommission zur Prüfung der Frage der Sechshundertsicht eingesetzt; sie besteht aus 8 Arbeitgebern, 8 Arbeitnehmern und 8 Wissenschaftlern. Nach seiner ersten Sitzung hat dieser Prüfungsausschuss das Erlauchen an die Regierung erachtet, in dieser Frage Verhandlungen über eine internationale Regelung einzuleiten. Diese Verhandlungen haben aber noch nicht stattfinden können, weil der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert war; sie sind jetzt wieder aufgenommen worden. In die Durchführung der Sechshundertsicht kann, wie auch der Vorkampfbeschlusses festgestellt hat, vorläufig nicht gedacht werden, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Es fehlt an Arbeitern und Wohnungen für sie.

Abg. Erftelz (Dem.): Die Wiederherstellung des Arbeitsverhältnisses, wie es vor dem Kriege bestand, ist heute nicht mehr möglich. Es werden sich neue Formen des Wirtschaftslebens herausbilden, denen sich niemand widersetzen kann. Es kommt darauf an, ob man die Entwicklung rechtzeitig voraussieht, und dem Rechnung trägt. Den Grundgedanken des Gesetzes halte ich für richtig. Gegen Einzelheiten wird jede der drei Regierungsparteien Bedenken haben, die aber zurücktreten müssen hinter der Notwendigkeit, das neue Recht zu schaffen. Ich hoffe sehr, daß die Berliner Metallindustriellen den von ihnen angeforderten Verzicht eines Löhnerstreiks gegen das Gesetz nicht machen werden. (Hört, hört!) Dieser Verzicht könnte für sie sehr unangenehme Folgen haben. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiter sich die Rechte, die ihr das Gesetz gibt, mit Vernunft gebrauchen wird, ich glaube sogar, daß sie leider diese Rechte nicht genügend ausnutzen wird, einen Mißbrauch fürchte ich viel weniger. Die deutsche Industrie wird an dem Betriebsrätegesetz ebenfalls zugrunde gegangen, wie sie an den Arbeiterberufsgesetzen zugrunde gegangen ist, gegen die bei ihrer Beratung dieselben Bestimmungen ausgedrückt wurden, wie jetzt von der internationalen Seite. Bewußt wird das Gesetz manche Fehler und Mängel zeitigen, aber jetzt sind der Worte genug gewechselt, das Gesetz muß erst in die Praxis umgesetzt werden, und dann wird sich zeigen, welche Verbesserungen nötig sind. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Generaldebatte. Der erste Abschnitt der Vorlage wird mit geringen redaktionellen Änderungen angenommen. In der Einzelberatung halten die unabhängigen Abgeordneten Dr. H. H. Dr. Geier (Soz.), Düvel (lange Oppositionsreden), Redner anderer Parteien kommen nicht zu Wort. In der namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz wird der vorliegende Entwurf mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen. (Beifall.) Dagegen stimmen mit den beiden Fraktionen der Rechten und den Unabhängigen auch die bayrischen Bauernbündler Eisenberger und Sandorfer. Angenommen wird auch eine Entschleunigung Reimboms (Ztr.-v.) Payer (Dem.) über die unverzügliche Vorlage eines Gesetzes über obligatorisches Schlichtungsverfahren.

Präsident Fehrerbach: Nunmehr müssen zunächst die Gesetzesausschüsse ihr Arbeit erledigen. Ich ersuche deshalb mir die Festlegung des Termins zur nächsten Sitzung zu überlassen.

Abg. Penke (U. S., zur Geschäftsordnung): Wir widersprechen der Beratung; denn im Hinblick auf die konterrevolutionären Antriebe muß die Nationalversammlung zusammensinken.

Präsident Fehrerbach: Wenn besondere Umstände es erfordern, würde ich die Nationalversammlung zur Beendigung der Arbeiten der Stenographische einberufen, im Augenblick ist ein solcher Anlaß nicht gegeben. Ich nehme an, daß die Einberufung vor Ende Februar nicht stattfinden wird. (Hört, hört!)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 19. Januar 1920.

Die Helten aus dem Balktum.

In der „Magdeburger Zeitung“ finden wir diese Notiz: *Kriegsgrabow, 17. Januar.* Das Schreckenregiment der Zeit einigen Wochen im hiesigen ehemaligen Gefangenenlager untergebrachten balkanischen Truppen hat jetzt die Bezeichnung des Lagers durch ein Bataillon der Reichswehr notwendig gemacht. Gestern rückte das Bataillon hier ein und stellte die durch die ungeliebten Gäste stark gefährdete Ruhe wieder her. Unter den Truppen, die hier demobilisiert werden sollen, befinden sich viele wachechte Muffen, die ihren ganzen Gausstand mitgebracht haben. Sie wie auch ihre deutschen Kameraden fordern von der Reichsregierung vor ihrer Entlassung die restliche Erfüllung aller der Versprechungen, die ihnen bei ihrer Aufnahme gemacht worden seien. Dabei sind die Leute mit Geld reichlich versehen und die ungläublichsten Schiebergeschäfte werden hier trotz des strengen Verbots abgeschlossen. Die Döner der Umgebung sind mit gestohlenem oder auf andre unrechtmäßige Weise erworbenem Speckgut überhäuft. Auch zahlreiche Unschärfungen gegen die einheimische Bevölkerung ließen sich die internierten Truppen zuschulden kommen und haben die Erbitterung gegen sie auf das höchste gesteigert. Das es noch nicht zu blutigen Zusammenstößen gekommen war, ist nur dem Umstand zu danken, daß man die Balkentruppen vor ihrer Internierung entwaffnete. Dem am Freitag in eine militärische Kasernenstraße verübten Einbruchdiebstahl, wobei den Dieben 20 000 Mark in die Hände fielen, glaubt man ebenfalls auf das Kommando fremder Truppen setzen zu müssen. Hoffentlich geht der Wunsch der Bevölkerung nach schleuniger Befreiung von dieser Plage recht bald in Erfüllung.

Es ist bemerkenswert, daß ausgewandert die „Magdeburger Zeitung“ über ihre Helten, die ihr bisher die letzten Träger des nationalen Gedankens waren, diese anschauliche Schilderung eines hervorragenden Wirkens veröffentlicht.

Zum Bauarbeiterstreik in den Metallbetrieben.

Warum streiken wir? Ja warum? So fragen wir. Sind es besondere Forderungen oder ist es „Streikfever“, wie der bezehrigsten Maßnahmen der Arbeiter um ihre Existenz in der bürgerlichen Presse genannt werden. Deftentlich wollen wir nun diese Fragen beantworten. Seit Jahrzehnten stehen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Ringen um Vertragsverhältnisse. Die Vereinbarungen werden meistens unter scharfer gegenwärtiger Beobachtung durchgeführt. Wenn auch nicht alle Wirksamkeiten reifen, so haben wir es doch im Laufe der Zeit dahin gebracht, einen Einheitslohn mit geringem Unterschied von 10 Pf. die Stunde zwischen Facharbeiter und Hilfsarbeiter zu erringen. Dem Interneur jedoch fehlt es unbedauerlich, Einzelheiten höher zu bewerten. Unzulänglichkeiten kommen wohl wenig vor und werden mit Hinweis auf den Vertrag schnell erledigt. Der Vertrag ist ein Reichstagsvertrag und ist unter Mitwirkung des Reichsarbeitsamts für allgemein verbindlich erklärt. Seit Jahresfrist nun hat der Verband der Metallindustriellen Magdeburgs mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ebenfalls einen Tarifvertrag abgeschlossen. In einem der jüngsten Abschlüsse nun haben die Metallindustriellen verstanden, sich einen Passus, ohne Einzugelung der Bauarbeiter-Organisationen, zu erwerben, der die Bauarbeiter in den Metallbetrieben unter die gestaffelten Lohnsätze der Metallindustrie zwingen soll. Der Zwang wird dahin ausgeübt, daß die Bauarbeiter, die ja beruflich selbst im Tarifvertrag stehen, der Vertrag der Metallindustrie als für sie verbindlich unterschreiben sollen. Diese Maßnahmen gehen so recht das Reichsamtspindeln und die Bewertung von Tarifverträgen anderer Verträge durch die Metallindustriellen. Für uns Bauarbeiter kann logischerweise nur der im irrefremden Gewerbe abgeschlossene Reichstagsvertrag in Frage kommen.

Versehen sind die Grundpfeiler ihres Schimmers, das sich, nach der Auswahl ihres Stoffes zu urteilen, auch literarisch beweist. Als Planist zeigte Dr. Niell ein glänzendes Spiel.

Mitteilungen der Direktoren.

Opernhaus, heute Dienstag: Der Troubadour. Mittwoch: Minna von Barnheim. Donnerstag: Lobengrin. Freitag: Der und Zimmermann. Sonnabend: Robert und Bertram. Sonntag nachmittag: Die spanische Flöge; abends: Tristan und Isolde. ...

Provinz und Umgegend.

Kreis Wangleben.

Eseln, 19. Januar. (Eine Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag, 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Hof“ statt. ...

Langenweddingen, 19. Januar. (Die Gemeindevorstandung) am Dienstag, 20. Januar, findet nicht statt.

Wangleben, 19. Januar. (Versammlung) Vergangene Woche hielt der Sozialdemokratische Verein eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, zu der auch Gäste eingeladen waren. ...

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 19. Januar. (Arbeitslosenversammlung) Zu einer Arbeitslosenversammlung hatte die U. S. P. eingeladen. Peter S. (Magdeburg) wollte referieren, an seiner Stelle war aber G. r. a. u. l. erschienen. ...

Burg, 19. Januar. (Volkskonzert) Als Folge des vom Gewerkschaftskartell veranstalteten ersten Volkskonzertes veranstaltete der Arbeiter-Wilbungsauschuß vier weitere Konzerte. ...

Burg, 19. Januar. (Jugendbund Freiheit) Am Mittwoch den 21. Januar, abends 7/8 Uhr, hält Genosse Schumacher im Gewerkschaftshaus einen Vortrag, an den sich eine Diskussion anschließen soll.

Gladau, 19. Januar. (An den Pranger.) Der Landwirt Christian Meier hatte eine Notiahlung vorgenommen und das geschlachtete Rind durch den Viehhändler Glaser dem Fleischer Biehn bei 25 Pfund zu 7 Mark angeboten. ...

Scherben, 19. Januar. (Lebensmittele) gab es mal wieder, außer Rubeln für jeden eine - Zigarette zu 30 Pfg. auf die Lebensmittelkarte. Wenn unsere Frauen durch die Not des Krieges gezwungen in der Kochkunst heute sehr weit vorgekriegt sind, das wissen sie aber denn doch nicht, wie sich von Zigaretten eine schmackhafte Speise herstellen läßt. ...

Kreis Wolmirstedt-Mehnhaldensleben.

Veendorf, 19. Januar. (Die Ernährungsfrage) beschäftigt am Sonntag, 11. Januar, eine öffentliche Versammlung, zu der der Landrat, Genosse Fischer, und der Leiter des Wirtschaftsausschusses erschienen waren. ...

Gr.-Ammenleben, 17. Januar. (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am Dienstag den 18. Januar im Goldschneidersaal eine Generalversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht, etwa 120 Mitglieder waren anwesend. ...

Wahlwinkel, 19. Januar. (Das Verbrecherhandwerk.) das seit einiger Zeit ruhte, ist jetzt wieder aufgenommen. Nachts wurden einem kleinen Häusler eine Ziege und ein Schwein geschlachtet. ...

Siegersleben, 19. Januar. (Landarbeiterfang durch Großagrarier) Die Gutsbesitzer versuchen alles mögliche, jetzt im Winter den Landarbeiterverband zu zerstückeln, und die Arbeiter zur Deutschnationalen „Volks“partei hinüberzuziehen. ...

Verhinderung des Landarbeiterverbandes. Ein Hofpächter hat Dezember sogar eine Agitation mit - Haken betrieben. Wer es schriftlich brachte, daß er aus dem Landarbeiterverband ausgetreten sei, bekam einen Haken. ...

Volmirstedt, 19. Januar. (Bessere Jugendverbände) Endlich ist es gelungen, für unsere Stadt günstigere Jugendverbände zu erreichen. Es fährt seit dem 12. Januar morgens ein Zug um 6.47 Uhr nach Magdeburg und zurück um 4.33 Uhr nachmittags. ...

Kreis Quedlinburg-Afcherleben-Ralbe.

Schönebeck, 19. Januar. (Parteilichung.) Der Vorsitzende gibt bekannt, daß vom 1. April an von der Freiwilligen Gemeinde ein Moralunterricht gegeben wird; die Kollegen werden aufgefordert, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen. ...

Thale, 19. Januar. (Die Unsitte.) einen schon in Bewegung befindlichen Zug zu besteigen, hat wieder ein Opfer gefordert. Ein junges Mädchen geriet beim Aussteigen unter die Räder des Zuges. ...

Kreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 19. Januar. (Aufklärung über eine Butterfälschung.) In Nr. 300 der „Volksstimme“ vom 24. Dezember brachten wir eine Meldung über große Butterfälschungen durch die Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge. ...

Kleine Chronik.

Benzinexplosion in einem Personenzug. Eine schwere Benzinexplosion erfolgte bei Tarnowitz in einem Personenzug. ...

Bereins-Kalender.

Gewerkschaftskartell. Dienstag den 20. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung im Panorama-Restaurant. ...

Für die hungernden Kinder in Wien.

5. Sammlung. M.-B. Wola, Elbholz 7.00. Frau Krüger 5.00. ...

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Ebbe, Fall, Wuchs, Waube, Fall, Wuchs. Lists water levels for various locations like Parubitz, Brandeburg, etc.

Wettervorhersage.

Dienstag den 20. Januar: Fortdauer des herrschenden Witterungscharakteres (Schluß des redaktionellen Teils.)

Advertisement for 'Rino-Salbe' (Rhinoceros ointment) for treating colds and flu. Text: 'Sogenannte Fleckler-Haare leiden ohne Risiko alle Wunden Ausschläge-Frostschäden ist altbewährte Rino-Salbe. Rich. Schubert & Co. Wismar/Dresden.'

Alraune II.

Lichtspiele

Alraune II.

Gleg. Mastentotkürme
zu verkaufen
3. Marktstr., Bahnpostf. 10.

Ia. englische Zigaretten
best. Tabak, Stauntpf., Patuna, Versand per Nachnahme 6582

Paul Heller
Tabakwaren-Großhandlung
Magdeburgerstr. 51,
Fernruf 7013.

Englische Zigaretten
Original-Marken 4349
opiumfrei,
edle

Goldflafe
Orig. Glas in Stanniol,
hat laufend abzugeben
Wilhelm Hollmann
Tabakwaren-Großhandel,
Bahnpostf. 14. Tel. 4649

Ia. englische Zigaretten
goldgelber Tabak
in Stanniolpackung
haben preiswert abzugeben
M. Tünger
22 Geldstr. 22
Telephon 8024
Versand per Nachnahme.

Preiswertes Angebot!
Große Auswahl in
**Konfirmanden- und
Prüfungs-Anzügen**
sowie
sämtlicher Arbeitskleidung
J. Sorger
Sabottstr. 3. Sabottstr. 3.

Alteisen
größere u. kleinere Posten
kaufen stets zu
hohen Preisen
Rothholder & Resten
Magdeburg, W. Webersstr. 15
Auf Wunsch erfolgt
Abholung. 80

Kammer-Lichtspiele

Artistentreue
Drama aus der Künstlerwelt - 4 Akte,
mit
Bruno Kastner
Hanne Brinkmann.
**Hoch der goldene
Leichtsinn!**
ein lustiges Filmpiel in 5 Akten.
(Hervorragender Auslandskünstler, Pöblich,
Budapest).

Heute bis einschl. Donnerst. abg.

Colosseum
Rausch
6 Akte
nach dem Bühnenwert
von Grünberg.
Sauptdarsteller:
Asta Nielsen
Alfred Abel.
Regie: Ernst Lubitsch.
Winipeg, der Trapper
Amerikanisches Drama
in 2 Akten.

Tombild-Theater
Das spann. Kriminal-
drama
**Die Schuld
des andern**
30. Abenteuer des ber-
ühmten Detektivs
Stuart Webbs (Ernst
Reicher)
Ee. Durchlaucht
der Landstreicher
Luftspiel in 4 Akten, mit
Emil Gatzmann.

Weisse Wand
**Das Theater-
dorf**
Vadendes Hochland-
Drama mit
Hermine Bosetti
als Hauptdarstellerin.
Bauernehre
Ein Filmpiel aus dem
Schwarzwald, 3 Akte.

Lichtspielhaus Panorama

**Die Fahrt ins
Glücksland**
glänzendes Drama in 5 Akten. - In der
Hauptrolle:
Gunnar Tolnaes.
Seine Selige
Schwank in 3 Akten mit
Richard Alexander - Leo Paukert.

Stadt Hamburg
Werftstraße 28.
Heute Dienstag, abds. 8 Uhr.
Gr. Preis-Stat.
Gute Preise. 6561

ZL
Zirkus-Lichtspiele
24. Donnerstag:
2
der glänzendsten Filmmaker:
Der goldene See
Erstes Abenteuer
aus dem Filmzyklus
Die Spinnen
5 Akte.
**Das Gelübde
der Keuschheit**
Drama in 6 Akten.
Beginn: 8 Uhr.
Nachmittags 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Spielzeit: Wochentags 6-10.45 Uhr
Sonntags u. Feiertags 3-10.45 Uhr

Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Halt!
Wollen Sie
die höchst. Tagespreise für
Altmetalle
Kauf-, Sell- u. Indu-
strialen, Felle, Häute,
Kopfhäute und Wolle
erzielen? Da verkaufen Sie
nur bei
Linial & Blutstein
Kutschstr. 19. Fernspr. 2251

Quacksilber **metallicum**
Kloster-Drogerie
Nagde-
burg,
Goldschmiedestr. 3/4.
Al-Eisen
läßt abholen,
auch kleinere Posten
Alfred Limmer
Schwertfegerstr. 13. Tel. 6629.

Altmetalle
Alteisen
Tuchabfälle
Lumpen aller Art
kauft zu höchsten Tagespreisen
F. Hirschhorn
Magdeburg-Budau,
Martinstr. 19. - Fernspr. 5998.
Kaufe auch von Händlern.
Jedes Quantum wird abgeholt.

**Müllers
Weindiele**
Kabarett
3-5 Mar 3-3
Apfelestr. 9. Am Alten Markt
Täglich
4-Uhr-TEE
mit Künstler-Konzert.
Abends 8 Uhr u. a.:
James Basch
Deutschlands bedeutend-
ster Humorist u. Charak-
teristiker.
Fini Weiß
die brillante Wiener
Stimmungs-Soubrette.
Täglich 4 Uhr
Mokka-Kränzchen
mit Künstler-Konzert
Rudi Wach
bei freiem Eintritt.
Sonntag, 24. Januar
**Ehrenabend für
Bruno Wiesner.**
Beginn pünktlich 8 Uhr.

Schafwolle
Felle und Häute,
Kopfhäute und
Polster-Kopfhäute
kauft zu höchsten Tagespreisen
F. Hirschhorn
Magdeburg-Budau,
Martinstr. 19. - Fernspr. 5998.
**Sektflaschen
Weinflaschen**
kauft und läßt abholen 6367
Alfred Limmer
Schwertfegerstr. 13. Tel. 6629.
Polsterarbeiten werden
treu u. preisw. ausgeführt. Wink-
Tänzer, Leipziger Str. 53. 6558

Wilhelm-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr
Wo das Heibersteins blühe.
Mittwoch
Die schöne Eponia
(Stimm mich mit).
Montag den 28. Januar
Erstes Gastspiel Edward Rosen
Giu Walgertraum.
Preis-erhöhung!!!
Braunmardertelle
Steinmardertelle
Ilisfelle
Maulwurfstelle
kauft laufend zu sehr
hohen Preisen
Alfred Limmer
Schwertfegerstr. 13.
Tel. 6629.
Preis-erhöhung!!!

Park-Lichtspiele

Wilhelmstadt (früher Luisenpark), Eingang
Spielgartenstraße und Schrotenstraße
Heute und folgende Tage **Hilde Wolter** in dem Gaktigen
Filmschauspiel -
DIE SIEGERIN
Regie: Paul von Woringen. 17
LOS NR. IIIII
Tolles Lustspiel in 2 Akten.
Wochentags 6 bis 10 1/2 Uhr
Sonntags . . 3 bis 10 1/2 Uhr

Stephanshallen
Direktion Rich. Frohcz
10. Erstklassige
Variété-Vorstellung.
Eintrittspreise: Wochen-
tags 1.00, Sonntag 1.40,
bazu 20 Pf. Biersteuer.

Welt-Panorama
Breiteweg 56, L.
Donau: Japan

**Das
Fürsten-Cafe
Winter-Garten**
bildet das
Tagesgespräch
in
Magdeburg!
Jeden Nachmittag:
Vornehme
Bienen-Kaffee-Kränzchen.

**Städtisches Orchester
Hofjäger.**
Mittwoch den 21. Januar 1920, abends 7 Uhr
5. Volks-Konzert
Leitung: Kapellmeister Blummann.
Eintrittskarten: Numerierte Plätze zu 2 Mk. und
1 Mk. bei **Heinrichshofen** und an der Abendkasse
des Konzerttags im **Hofjäger.** 156



WIRTIN
Beste Schuhcreme
Fabrikager: Viktoriastraße 5, am Hauptbahnhof. 4394
Ernst Feigenspan. - Fernsprecher 8106.



**Walhalla-
Lichtspiele.**
**Der
heilige
Stand
der
Ehe**
Drama in 4 Akten. Hauptrollen: Rosa Veidtkirch,
Ludw. Hartau, Hans Hinzler. Spielleitung: Max Hack.
Auf vielseitigen Wunsch nochmals:
Das glänzende Filmpiel in 4 Akten
Die Austerprinzessin
Regie: Ernst Lubitsch. Hauptrollen:
Ossi Oswalda und Harry Liedtke.
Wochentags 6-1/2 11
Sonntags 3-1/2 11

Stadttheater
Dienstag den 20. Januar
7. Abend. Braune Karten.
Der Erubadour.
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Mittwoch Anfang 7 Uhr
Minna von Barnhelm.

Zentraltheater
Abendlich
7 Uhr 145
**Die
Faschingstee.**
Musik von E. Kalmán.

Stolze **Schrey**
Neue
Lehrgänge
der
Stenographie-Schule
Magdeburger Stenographen-Vereine u. Stolze-Schrey
in der
Schule Brandenburger Straße 8
Mittwoch den 21. Januar, abends 6 1/2 Uhr,
für die Stadtteile 4348
Friedrichstadt - Gracau - Prester
Schule Gracau, Burchardstraße
Dienstag, d. 20. u. Freitag, d. 23. Jan., abends 7 Uhr.

**Zentraltheater-
Restaurant.**
Abendlich
ab 8 Uhr
Konzert
der Salon-Kapelle des
Zentraltheaters.
Auftreten von
Käthe Schmieden
und 145
Otto Spielmann
vom Zentraltheater.
Nachhaltige Speisekarte.
Getränke aller Art.
... billige Preise. ...

Theater-Vereinigung des Westens.
Dienstag den 20. Januar, im Hohenzollernpark,
Große Diesdorfer Straße.
Großer Theater-Abend.
Anfang 7 1/2 Uhr. - Saalöffnung 6 1/2 Uhr.
Ein toller Einfall
Luftspiel in 4 Aufzügen von Carl Laufs.
Preise: Vorverkauf 1.70, Abendkasse 2.00 inkl. Steuer. Vor-
verkauf: Zigarrengeschäft Witwer, Diesdorfer Straße 71,
Zigarrengeschäft Krügermann, Große Diesdorfer Straße 228,
Matthes, Annastraße 45, I. und im Hohenzollernpark. 6569

**Sozialdemokr. Verein
Magdeburg Süd.**
Zu dem am Sonnabend
den 24. Januar im Gejell-
schaftshaus Friedrichstr. 71,
Leipziger Straße, stattfindenden
Winterbergnügen
ladet ergebenst ein
Das Komitee.
Saalöffnung 5 Uhr. Anf. 6 Uhr.

Raucht Bonitas!

Alraune II.

**Für Hasen- u.
Kaschchen-
Felle**
wieb. Preis-erhöhung
bei **Alfred Limmer**,
Schwertfeger-
straße 13.
Telephon Nr.
6629.

Kesten, Jakobstr. 20. II
kauft alle Sorten 80
Felle und Häute
sowie **Schafwolle**
zu hohen Tagespreisen.
Kaufe auch von Händlern.

Alraune II.